

vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



Was du auch immer tust, handle umsichtig
und bedenke den Ausgang.



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN



**VLB-Fachtagung
Wirtschaftsschule** 4

**Wirtschaftspädagogische Aus-
bildung in Universitätsschulen** 8

**Dienstrecht
aktuell** 11

**Der VLB
im Rückblick** 16

**Vom Einstellungs- zum
Überzeugungsgespräch** 20

**Kaufmännische Fachtagung
in Amberg** 27

THEMA DES TAGES

3 Jürgen Wunderlich: Thema des Tages

BILDUNGSPOLITIK

4 Martin Ruf: VLB-Fachtagung Kooperationsmodell Hauptschule – Wirtschaftsschule
8 Karl Wilbers: Der neue Nürnberger Weg im wirtschaftspädagogischen Master

DIENSTRECHT

11 abl wird im Kultusministerium vorstellig
11 Wolfgang Lambl: Zweife an der Verfassungsmäßigkeit des Abzugsverbots
13 Wolfgang Lambl: Berechnung der Versorgungsansprüche (Teil 6)
14 Wolfgang Lambl: Tarifrrecht-Höhergruppierung für Beschäftigte
15 Schreiben des VLB an das Bayerische Kultusministerium
16 dbb zu Verhandlungen Entgeltordnung für Lehrkräfte

VLB IM RÜCKBLICK

16 Peter Thiel: Die „Würzburger Hochzeit“
17 Peter Thiel: Neuerscheinung im VLB-Verlag

DEUTSCHER BERUFSSCHULTAG

18 Berufliche Schulen erschließen Welten

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

20 Michael Kluge: Demografischer Wandel

AUS DEM VERBANDSLEBEN

25 Landesverband
28 Bezirks- und Kreisverbände
30 Fachgruppen
30 Senioren
31 Personalien
33 Vermischtes
33 Termine
35 Leser schreiben
36 Anfahrtskizze Berufsschule Weiden

Titelfoto: Klaus Emde



Sehr geehrte Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie sind alle gut in das neue Schuljahr 2009/10 gestartet und Ihre Erholung hält noch möglichst lange an.

Noch sind die schrecklichen Ereignisse des Amoklaufs von

Winnenden nicht verarbeitet, (siehe Akzente 04/09) sind wir dieses Mal mit der Tat eines 18 Jahre alten Schüler aus dem Gymnasium Carolinum in Ansbach konfrontiert. Erneut wird eine öffentliche Debatte über die Sicherheit in Schulen und die Möglichkeiten der Prävention geführt werden. Auch wenn mittlerweile die Sicherheitskonzepte der Schulen aktualisiert und verbessert wurden, die Einsatzstrategie der Polizei sich geändert hat und sich die Zahl der Schulpsychologen geringfügig erhöht hat, so gilt nach wie vor, dass es einen absoluten Schutz vor solchen Taten in und durch Schulen auch zukünftig nicht geben wird. Unsere Hochachtung verdient das Verhalten des Schülers aus der 13. Klasse, der durch sein engagiertes und mutiges Eingreifen Schlimmeres verhindert hat.

Rückkehr zur 40-Stunden-Woche in zwei Schritten

Was im letzten Jahr noch nahezu undenkbar erschien, hat der bayerische Ministerrat in seiner Sitzung vom 16. September 2009 beschlossen.

Im Einzelnen sieht das Konzept folgende Schritte und Maßnahmen vor:

1. Die Wochenarbeitszeit wird in zwei Schritten zum 1. August 2012 und zum 1. August 2013 um jeweils eine Stunde verkürzt. Bereits im ersten Schritt wird damit für rund 40 Prozent der Beamten ein Gleichklang mit ihren angestellten Kollegen erreicht sein.
2. Noch im laufenden Jahr soll die Änderung der Arbeitszeitverordnung klare Verhältnisse schaffen, nämlich die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche mit Übergangsregelungen bis 2012/2013. Im Lehrerbereich erfolgt die Umsetzung ebenfalls in obigen Schritten um jeweils eine halbe Unterrichtsstunde (bei der Arbeitszeitverlängerung wurde die Unterrichtspflichtzeit für Lehrkräfte um eine bzw. eine halbe Unterrichtsstunde erhöht)
3. Schon in 2009 wird der laufende Stelleneintrag gestoppt. Um sicherzustellen, dass im Service für die Bürger keine Nachteile eintreten, werden im Nachtragshaushaltgesetz 2010 zusätzliche 870 Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst neu ausgebracht. So können bis 2012 beziehungsweise 2013 die benötigten zusätzlichen Kräfte ausgebildet werden.
4. Die mit dem Konzept verbundenen Auswirkungen im Hochschulbereich sollen berücksichtigt werden. Dazu werden das Finanz- und das Wissenschaftsministerium dem Ministerrat bis Oktober 2009 einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen.

Wenn diese Entscheidung nach unserer Auffassung einerseits auch zu spät kommt, so müssen wir ehrlicherweise auch zugeben, dass dieser Erfolg der beharrlichen Arbeit des Bayerischen Beamtenbundes und

auch dem Einsatz des VLB zu verdanken ist. Dank und Anerkennung gebührt auch der bayerischen Staatsregierung und der Ausschussvorsitzenden für Fragen des öffentlichen Dienstes, Ingrid Heckner.

Beibehaltung des Übergangzeitpunktes in den Ruhestand

Der vorliegende Entwurf des Dienstrechtsrahmengesetzes weist besonderes in Bezug auf den Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand für Lehrkräfte nicht hinnehmbare Regelungen auf. Mit Ausnahme der Lehrkräfte erfolgt eine abschlagsfreie Versetzung in den Ruhestand am Ende des Monats, in dem die Beschäftigten das 65. Lebensjahr (bei Schwerbehinderten das 62. Lebensjahr) vollenden.

Diese Regelung hat ihre Begründung zum einen in organisatorischen Abläufen, nach denen die Betreuung der zu Unterrichtenden durch eine Lehrkraft über ein ganzes Schuljahr hinweg unverzichtbar ist, und durch die Notwendigkeit, jährlich gleichbleibende Einstellungszeitpunkte festzulegen. Zudem wird in der politischen Außenwirkung nicht bestritten, dass es sich bei Lehrkräften um eine Berufsgruppe handelt, die sehr stark belastet ist. Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl), deren Mitglied der VLB ist, gelten alle Gründe, die bei ebenfalls hoch belasteten Beschäftigten bei Polizei, Justiz und Feuerwehr angeführt werden, in entsprechendem Umfang bei den an den Schulen Unterrichtenden. Für eine Verschlechterung der bisher bestehenden Regelungen besteht daher kein Anlass und es ist unverständlich, dass man im Rahmen der Dienstrechtsreform hier Handlungsbedarf sieht.

Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2009/10


Als angespannt bezeichnet Kultusminister Spaenle die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen, wo weiterhin Lehrermangel herrscht. Die Unterrichtsversorgung wird sich zum nächsten Schuljahr zwar verbessern. Von einer grundlegend geänderten Situation der Unterrichtsversorgung kann jedoch nicht die Rede sein. Die fehlenden Kapazitäten sollen mit Quereinsteigern wie Diplomingenieuren der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik, Diplommathematikern, Diplomphysikern und Realschullehrern, die eine einjährige Zusatzausbildung machen, abgedeckt werden.

Während in anderen Schularten schon über eine integrierte Lehrreserve angedacht wird, leiden die beruflichen Schulen seit Jahren an Lehrermangel.

Auch wenn das Thema Arbeitszeitreduzierung nun abgearbeitet ist, bleiben für den geschäftsführenden Vorstand des VLB noch genügend Baustellen, die zu bearbeiten sind. Ich nenne nur einige: Dienstrechtsreform, Referendatsbesoldung, Fachlehrerausbildung mit dem ersten begleiteten Dienstjahr oder die Kooperationen mit anderen Schulen.

Wir sind sicher, dass wir mit Ihrer Unterstützung auch weiterhin für Sie eine erfolgreiche Verbandsarbeit leisten können.

Ihr


Jürgen Wunderlich
Landesvorsitzender

VLB-Fachtagung Kooperationsmodell Hauptschule – Wirtschaftsschule:

Was du auch immer tust, handle umsichtig und bedenke den Ausgang

MARTIN RUF

Wenn an einem wunderschönen Herbstsamstag rund 320 Lehrkräfte an Wirtschaftsschulen den Weg ins mittelfränkische Erlangen gefunden haben, so liegt dies sicher nicht an dem besonderen Flair der Stadt, sondern daran, dass der VLB zu einer Fachtagung eingeladen hatte, die das ‚Kooperationsmodell Hauptschule – Wirtschaftsschule‘ zum Thema hatte. Dietrich Weidinger, VLB-Referent für Wirtschaftsschulen und gleichzeitig Gastgeber der Fachtagung, freute sich bei seiner Begrüßung besonders, dass er Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen Bayerns – von Aschaffenburg bis Passau, von Weiden bis Lindau – als Gäste des VLB begrüßen konnte, die sich aus erster Hand über das angedachte Kooperationsmodell Hauptschule – Wirtschaftsschule informieren wollten.

Dietrich Weidinger begrüßte besonders Ministerialdirigent German Denneborg, Leiter der Abteilung VII (Berufliche Schulen) im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle vertrat, mit seiner persönlichen Referent Gabriel Menzel. Neben den VLB-Spitzen von Landes-, Bezirks- und Kreisebene kamen auch Vertreter der Bezirksregierungen nach Erlangen. Auch sie hieß Weidinger herzlich willkommen. Von Seiten der kommunalen Politik begrüßte er an der Spitze den Bürgermeister und Schulreferenten der Stadt Erlangen, Gerd Lohwasser sowie die beiden Stadträtinnen Heidi Graichen (CSU) und Elizabeth Rossiter (SPD), die für ihre Parteien schulpolitisch in Erlangen mitverantwortlich zeichnen.

Bürgermeister Lohwasser hielt in seinem Grußwort ein Plädoyer nicht nur für die städtische Wirtschaftsschule in Erlangen, sondern für den ganzen Schultyp Wirtschaftsschule, der seiner Meinung nach seitens des Ministeriums im-

mer noch nicht genügend Beachtung findet.

Plädoyer für die Wirtschaftsschule

Nach Bürgermeister Lohwasser ergriff der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich Partei für das Erfolgsmodell Wirtschaftsschule. Wunderlich führte aus, dass die Wirtschaftsschule, die derzeit von rund 27.000 Schülerinnen und Schülern besucht wird, eine berufsvorbereitende Schule ist, die eine allgemeine Bildung und eine berufliche Grundbildung im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung vermittelt. Gerade in der Übungsfirmenarbeit vollziehen die Schülerinnen und Schüler modellhaft die Tätigkeiten kaufmännischer Sachbearbeitung anhand konkreter Geschäftsfälle, die das Lernen steuern. Dies ermögliche nicht nur einen Einblick in die Bedingungen und Denkweisen der Arbeitswelt, sondern vermittele auch entsprechende Schlüsselqualifikationen, die heute für einen kaufmännischen Beruf unerlässlich sind. Besonderer Wert wird darüber hinaus auf eine informationstechnische Bildung gelegt.

„Um die Schüler gut auf das Berufsleben vorzubereiten, wurde und wird das Unterrichtsangebot stets den veränderten Qualifikationsanforderungen des Wirtschaftslebens angepasst“, so Wunderlich weiter. Dies werde dadurch erreicht, dass die Wirtschaftsschulen mit Lehrplänen arbeiten, die fächerübergreifend handlungsorientiertes und eigenständiges Lernen fördern.

Die Absolventen der Wirtschaftsschule wechseln in eine Ausbildung im Dualen System, an die Fachoberschule und andere weiterführende Schulen. Hier greift das Modell der beruflichen Oberschule, wonach Schüler nach ihrer Ausbildung den Weg über die Berufsoberschule wählen, um dort die fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife zu erwerben.

Der VLB-Landesvorsitzende schlug wieder in die Kerbe, dass die Wirtschaftsschule, wie auch das gesamte berufliche Bildungswesen, nicht die Wertschätzung erfahre, die es in der Öffentlichkeit verdient.

Kurz nach dem Bamberger Wirtschaftsschultag im Mai 2009 wurde der Entwurf des Ministeriums eines Kooperationsmodells zwischen Hauptschule und Wirtschaftsschule bekannt, der den VLB veranlasste mit dieser Veranstaltung den Betroffenen ein Podium zu bieten, dieses Modell näher kennen zu lernen, Fragen zu klären und die Möglichkeit gibt darüber zu diskutieren.

Besonders erfreut zeigte sich VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich, dass sich der Leiter der beruflichen Abteilung im KM, Ministerialdirigent German Denneborg bereiterklärt hatte, an dieser Veranstaltung aktiv teilzunehmen, d.h. zunächst den Modellversuch aus Sicht des Kultusministeriums vorzustellen und sich dann anschließend auch der Diskussion zu stellen.

„Die Interessenlage ist sehr unterschiedlich. Es gibt Schulen und Sachaufwandsträger, die sich für das Kooperationsmodell intensiv bewerben und es gibt Gegner des Modells, die größte Gefahren für die Wirtschaftsschulen sehen.“ Um über diesen Spagat zu diskutieren und auch Lösungsansätze zu sehen, sah sich der VLB veranlasst nach Erlangen einzuladen. Dass so viele Lehrkräfte gekommen sind, darüber zeigte sich Wunderlich besonders erfreut und stellte zum Schluss klar, „dass eine Kooperation nur gelingt, wenn beide Kooperationspartner Vorteile haben und fair miteinander umgehen. Schließlich geht es um die bestmögliche Förderung des Schülers.“

Wirtschaftsschule muss langfristig am Markt erfolgreich sein!

Mit diesem Statement führte MDir German Denneborg in seine Ausführungen ein und machte damit relativ schnell deutlich, dass es zu dem Kooperationsmodell aus seiner Sicht eigentlich keine Alternative gibt. Er untermauerte diese Sichtweise mit dem zu erwartenden Schülerrückgang, der auch die Wirtschaftsschule in Zukunft trifft.



Wirtschaftsschulen müssen besser wahrgenommen werden – Erlangens Schulbürgermeister Gerd Lohwasser.

„Wer sie kennt, schätzt sie, aber wer kennt sie“ – auch MDir Denneborg ist von dem Konzept der Wirtschaftsschule überzeugt. Allerdings könne sie nur überleben, wenn sie künftig wächst. Ein Weg dazu ist eben der Weg, der mit dem Modellversuch zunächst erprobt wird.

In vlb-akzente Heft 09 hat Dr. Horst Güttler im Vorfeld dieser Tagung schon relativ detailliert die Vorstellungen des Kultusministerium dargestellt, die von Denneborg nochmals schlaglichtartig aufgegriffen und kommentiert wurden.



Blieb keine Antwort schuldig – MDir German Denneborg auf dem Podium mit Alexander Liebel und Dietrich Weidinger.

Rahmendaten des Modellversuchs

- > Schulversuch ab Schuljahr 2010/11 bis 2012/13
- > Beide Schularten bleiben eigenständig
- > Berufliches Profil der Wirtschaftsschule bleibt bestehen
- > Kooperationsschulen: HS + WS oder HS + BS
- > Einrichtung von dreistufigen staatlichen Wirtschaftsschulen an Hauptschulen
- > Hauptschullehrkräfte – mit entsprechender Lehrbefähigung – unterrichten allgemein bildende Fächer
- > Wirtschaftsschullehrkräfte unterrichten Fächer mit beruflichem Bezug
- > Unterricht basiert auf Studententafeln und Lehrplänen der Wirtschaftsschule
- > Schulordnung für Wirtschaftsschulen (WSO) ist maßgeblich
- > Existenz der Wirtschaftsschule an Fortbestand der Hauptschule gebunden
- > Erhöhung des Bekanntheitsgrads der Wirtschaftsschule durch stärkere Marktpräsenz
- > Ausweitung der Standorte durch Schulneugründungen
- > Vermehrt positive Beratungen zum Besuch der Wirtschaftsschule durch Volksschule
- > Alle Beteiligten am Versuch (WS – BS – HS) profitieren



Der VLB kämpft für seine Wirtschaftsschulen – der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich.

MDir German Denneborg versichert, dass an diesen Rahmendaten für den Modellversuch nicht gerüttelt werde. Für ihn ist damit klar, dass alle Wirtschaftsschulen davon profitieren und dabei eine win-win-Situation für beide Schularten entsteht. „Es ist in unserem Interesse, wenn wir die Wirtschaftsschule erhalten wollen, dass die Hauptschule erfolgreich ist.“

In der Septemberausgabe von vlb-akzente hatte sich auch der VLB-Wirtschaftsschulreferent Dietrich Weidinger zu Wort gemeldet und setzte Contra-punkte zum Modell des Kultusministeriums. MDir Denneborg fasste sie plakativ mit

- > Gefährdung bestehender Wirtschaftsschulen
- > Imageverlust für die Wirtschaftsschule zusammen und versuchte dann dagegenzuhalten. „Nur wenn die Wirtschaftsschule „breiter aufgestellt“ wird, wird sie langfristig wahrgenommen werden!“ Seine Aussage untermauerte er mit nachfolgenden Thesen:
 - > Möglichkeit der wohnortnahen Beschulung durch mehr Schulen
 - > Besseres Beratungsangebot an der Volksschule
 - > Höherer Bekanntheitsgrad der Wirtschaftsschule
 - > Gründung einer staatlichen Wirtschaftsschule im Gebäude einer



Blick ins Auditorium ...

Hauptschule → absolut gleiches Angebot

- > Lehrpläne der Wirtschaftsschule
- > Einsatz von qualifizierten Lehrkräften entsprechend ihrer Lehrbefähigung
- > Wirtschaftsschulzeugnisse
- > Wirtschaftsschulabschluss
- > Lehrer sind Mitglieder des Kollegiums der Kooperationschulen
- > Auch andere Schularten greifen bei Raumproblemen auf Räumlichkeiten der Hauptschulen zurück
- > Schüler können an „ihrer“ Schule, in der gewohnten Schulfamilie und in ihrem vertrauten Umfeld bleiben

Vor allem verwies Denneborg auf eine dringend notwendige Änderung der Stundentafel und des Lehrplans im Fach Mathematik an der Wirtschaftsschule, um entsprechend die Schüler auf die FOS vorbereiten zu können. Er versprach, dass das Ministerium in der Pflicht stehe, hier etwas zu tun. Zum möglichen Imageverlust der Wirtschaftsschulen sagte er besänftigend, dass in der Erprobungsphase nur jeweils eine Schule je Regierungsbezirk – in Oberbayern auch mehr – am Versuch teilnimmt, so dass es sich zunächst nur um ganz wenige Klassen handle. Die Wirtschaftsfächer

sollen dabei auch nicht von einer Lehrkraft alleine unterrichtet werden, sondern auf mehrere Schultern verteilt werden.

Manch Anwesender wird sich gedacht haben, ob da nicht doch ein Pendelverkehr zwischen den Schulen entsteht, und insgeheim hoffen, dass er nicht davon betroffen ist. Bei genauerer Betrachtung könnte es sogar zu einer Kooperation Hauptschule – Berufsschule kommen, wenn der Standort so gewählt ist, dass in einem Umkreis von 30 Kilometern nur eine kaufmännische Berufsschule existiert aber keine Wirtschaftsschule. Würde hier nicht über die Hintertüre eine andere Kooperation in den Vordergrund gerückt?

Eine klare Absage erteilte Denneborg der sechsstufigen Wirtschaftsschule, da es pädagogisch wenig sinnvoll ist, bereits 9- bis 10-jährige mit berufsspezifischen Inhalten zu konfrontieren. Vielmehr wird der Modellversuch mit einer 3-stufigen Wirtschaftsschule gefahren, da hier die Schnittmengen zur Hauptschule am größten sind.

Zum Schluss seiner Ausführungen ging MDir German Denneborg nochmals auf evtl. bestehende Ängste seitens der Wirtschaftsschullehrkräfte ein und stellte klar, dass das Profil der Wirtschaftsschule durch den Modellversuch nicht aufgeweicht werde.

„Die Qualität aller Wirtschaftsschulen (Versuchsschulen und bestehende Standorte) muss unverändert erhalten bleiben, sonst kann kein Erfolg am „Dualen Markt“ oder an der Fachoberschule erzielt werden.“

Das geplante Kooperationsmodell wird nur umgesetzt, wenn alle Beteiligten dies wollen und einverstanden sind.“ Wer zwischen den Zeilen lesen konnte, wusste wohin der Zug Wirtschaftsschule fährt.

Die Berufsausbildung beginnt in der Wirtschaftsschule

„Wenn es keine Deckelung der Wirtschaftsschule gäbe, ginge die Kurve der Schülerzahlen nicht nach unten, sondern steil nach oben“, war die einzige Replik von VLB-Wirtschaftsschulreferent Dietrich Weidinger auf die Ausführungen von MDir Denneborg.

Weidinger nutzte vielmehr die Gelegenheit, nochmals deutlich auf das besondere Profil der Wirtschaftsschule hinzuweisen. „Die Berufsausbildung beginnt in der Wirtschaftsschule!“ Dazu einige Beispiele:

- > Übungsfirmenarbeit mit Schüler-Zertifikat für besondere Leistungen
- > Notebook-Klassen
- > enge Kooperation mit Unternehmen durch Betriebspraktika sowohl von Lehrkräften als auch von Schülern
- > Betriebsbesichtigungen in der Produktion und Dienstleistung
- > Bewerbertraining mit Unterstützung der Unternehmen
- > berufsspezifische Projektarbeit, die die Unterrichtsinhalte intensivieren bzw. ergänzen
- > Europäischer Computerführerschein ECDL
- > KMK Zertifikat in Englisch
- > DELF Zertifikat in Französisch
- > Ganztagesangebote

„Über Jahrzehnte hinweg hat man es versäumt, die Hauptschule mit Personal und Material so auszustatten, dass ein ordentlicher, zielorientierter Unterricht in kleinen Gruppen und kleinen Lerneinheiten gehalten werden konnte bzw. kann.“ „Die Probleme in der Bildungspolitik werden jedoch immer drängender. Sie werden aber nicht gelöst, sondern man packt neue Probleme drauf“, führte Weidinger mit Blick auf das Kooperationsmodell Hauptschule – Wirtschaftsschule weiter aus. Sehr kämpferisch formulierte Weidinger weiter: „Damit nimmt man in Kauf, dass die Wirtschaftsschule verliert (Schüler, Qualität, Image etc.) und nimmt in Kauf, dass der M-Zug an Hauptschulen der neuen Form zum Opfer fällt und die Hauptschulen in naher Zukunft nicht mehr zu retten sind. Geködert werden die Hauptschulen mit einem neuen Namen „Mittelschule“. Man rettet wieder einmal das dreigliedrige Schulwesen – wie lange noch? Wenn wir das nicht ändern, sind die Schüler die Verlierer, die in der Wirtschaftsschule die letzte Chance auf einen qualifizierenden Schulabschluss gesucht haben.“

In den Pausengesprächen war zu hören, dass sich beide Redner bemüht ha-



Angeregte Diskussionen bei strahlendem Sonnenschein in der Mittagspause.

ben, das Tischtuch nicht von vorneherein zu zerschneiden, sondern vielmehr versuchten die jeweiligen Standpunkte nochmals darzulegen, auch in der Hoffnung, dass es bei dem Modellversuch zu einem entscheidungsoffenen Ergebnis kommt.

Diskussion

In gewohnt souveräner Weise moderierte Alexander Liebel, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, die Podiumsdiskussion, die, wie sich schnell herausstellte, zu einem Dialog zwischen dem Auditorium und MDir Denneborg wurde. Auch hier bleibt festzustellen, dass sehr sachbezogen diskutiert wurde und so die eine oder andere Disharmonie geklärt werden konnte.

Schlaglichtartig seien hier die Hauptdiskussionsthemen angeführt:

- > Wirtschaftsschule bleibt bei Gelenkklassen evtl. außen vor
- > Einbindung auch der kommunalen und privaten Wirtschaftsschulen in den Modellversuch
- > Profil der Wirtschaftsschule im Modellversuch schärfen
- > erfolgt hinsichtlich des Unterrichts und der Abschlussprüfung eine Niveausenkung
- > Übertrittsverhalten und -verfahren, geprägt von einer Umverteilung
- > Informationsdefizite seitens des Kultusministeriums bei Sachaufwandsträgern, Eltern und Schulen
- > Auswirkungen auf kommunale und private Wirtschaftsschulen
- > Qualifikation der Lehrkräfte

MDir Denneborg blieb in der Diskussion keine Antwort schuldig und versuchte mit Sachargumenten massive Überzeugungsarbeit für den Modellversuch zu machen. „Ich stehe für die Wirtschaftsschulen.“

Insgesamt zeigte sich aber sehr deutlich, dass noch viel Handlungs- und Informationsbedarf besteht, wenn der Modellversuch durchgeführt werden soll. Deshalb stellte Moderator Liebel zum Schluss fest, dass der Geschäftsführende Vorstand und der Wirtschaftsschulreferent des VLB bereit sind, mit dem Kultusministerium vertiefend in die Diskussion einzusteigen, wenn

- > der Modellversuch ergebnisoffen angelegt ist und
- > wenn vor Ort entschieden werden kann, ob eine Kooperation durchgeführt wird.

Damit der VLB ein Meinungs- und Stimmungsbild für das weitere Vorgehen erhält, ist auf www.vlb-bayern.de eine Onlinebefragung zum Thema freigeschaltet. Bitte teilen Sie dem VLB mit, wie Sie, liebe Leserinnen und Leser, das Kooperationsmodell sehen.

Dank

Dem Kollegium der Wirtschaftsschule im Röthelheimpark ist herzlich zu danken, dass sie den unerwartet vielen Lehrkräften ein äußerst gelungenes Ambiente für die Fachtagung schufen. ■



... mit den Protagonisten der Tagung.

Wirtschaftspädagogische Ausbildung in Universitätsschulen:

Der neue Nürnberger Weg im wirtschaftspädagogischen Master

KARL WILBERS

Im März 2009 führte der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus in seiner Regierungserklärung den Begriff der Universitätsschule ein. In der Universitätsschule gehen „Hochschule und Schulwirklichkeit eine produktive Verbindung“ ein. Die Universitätsschule wird als ein Instrument gesehen, „eine optimale Vernetzung von Studium und Schule, Theorie und Praxis in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung zu erreichen“. Die konkrete Ausgestaltung blieb zunächst offen.

Die bayerische Universitätsschule-idee: In Nürnberg konkretisiert und ab Oktober 2009 verpflichtend für alle Masterstudierenden umgesetzt

In Nürnberg wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, Seminarlehrern des Studien-seminars Nordbayern sowie Schulleitern aus der Region von Prof. Wilbers ein Konzept für die Universitätsschule erarbeitet. Ab Oktober 2009 werden alle Studierenden im Nürnberger Masterstudiengang, d. h. 80 bis 120 Studierende pro Durchlauf, verpflichtet, an diesem Programm teilzunehmen. Drei Semi-narschulen aus dem regionalen Umfeld der Universität werden dabei zu Universitätsschulen. Es sind dies in Nürnberg die Berufliche Schule 4 (Schulleiter OStD Liebel, Seminarleitung StD Hösch), die Berufliche Schule 6 (Schulleiter OStD Greubel, Seminarleitung OStRin Lämmermann) sowie in Fürth die Ludwig-Erhard-Schule (Schulleiter OStD Weberpals, Seminarleitung StD Fleischmann).

Berufs- und wirtschaftspädagogische Kompetenzbereiche und wie sie sich entwickeln

Die wirtschaftspädagogische Ausbildung im Nürnberger Master zielt auf die Entwicklung in zwei Kompetenzbereichen (siehe auch Kunter, Klusmann & Bau-

mert, 2009; Lehmann-Grube & Nickolaus, 2009).

- > **Fachwissenschaftliche Kompetenz:** Die fachwissenschaftliche Kompetenz spricht Fachleute für Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis sowie gegebenenfalls einer weiteren allgemeinen Domäne, dem Zweitfach, an. Damit ist ein tiefes Verständnis der Wirtschaftswissenschaften und der dazugehörigen Berufspraxis (Wirtschaftspädagogik) bzw. der Ingenieurwissenschaften und der dazugehörigen Berufspraxis (Berufspädagogik) angesprochen. Im Fall der Studienrichtung II gehört dazu auch ein tiefes Verständnis einer allgemeinen Domäne.
- > **Berufs- und wirtschaftspädagogische Kompetenz:** Im Zentrum der berufs- und wirtschaftspädagogischen Kompetenz steht die didaktische Kompetenz, die Fachleute für berufs- und wirtschaftspädagogische didaktische Handlungsfelder anspricht. Dies sind die Vorbereitung, Durchführung, Reflexion und Fortentwicklung von traditionellem und handlungsorientiertem Unterricht, die berufliche Erziehung, die individuelle Förderung unter Berücksichtigung der Diversität der Lerner, das Assessment, d. h. die Diagnose und Bewertung von Leistungen sowie die Förderung überfachlicher Kompetenzen. Über den Unterricht hinausgehend zählt dazu auch die Kooperation mit dem Umfeld sowie die Analyse und Entwicklung von Bedingungen der pädagogischen Arbeit, zum Beispiel im Rahmen der Schulentwicklung. Unter der Zielrichtung „Polyvalenz“ sind dabei als Handlungsfelder nicht nur die beruflichen Schulen, sondern auch die anderen Tätigkeitsfelder von Berufs- und Wirtschaftspädagogen zu berücksichtigen. Letztere werden vereinfachend als „Betriebspädagogik“ bezeichnet.

Die Entwicklung dieser Kompetenzen erfolgt über eine Verbindung von zwei Modi (siehe auch Harteis, 2009):

- > **Hineinwachsen in eine professionelle Gemeinschaft in der Schule:** Nach der Leitvorstellung praxis-bezogener Gemeinschaften („Community of practice“, vgl. Wenger, 2007) entwickeln sich Novizen ausgehend von einer ‚legitimen peripheren Partizipation‘ nach und nach zu einem ‚vollwertigen‘ Mitglied einer Praxisgemeinschaft. Dabei spielt der persönliche, direkte Austausch mit Professionals in der Gemeinschaft eine große Rolle.
- > **Systematisches Lernen:** Neben diesem Austausch mit Professionals in der Praxisgemeinschaft steht die systematische Auseinandersetzung mit dem Wissen, das für eine Profession kennzeichnend ist.

Die bisherige Ausbildung von Lehrkräften wird diesen beide Modi oft nur unzureichend gerecht. So sind beispielsweise die betreuenden Lehrer bei Schulpraktika oft wenig vertraut mit den Inhalten der didaktischen Ausbildung an der Universität.

Blended Learning: Der Mix von Mentoring in Schulen, mediengestütztem Selbststudium und universitären Präsenzphasen

Die Vorlesungen und Übungen zur Didaktik wurden in Nürnberg abgeschafft. An die Stelle tritt eine gezielte Kombination („Blended Learning“) von Mentoring an den Universitätsschulen, mediengestütztem Selbststudium und Präsenzblöcken an der Universität.

- > **Mediengestütztes Selbststudium in Stammgruppen:** Die Studierenden werden in feste Stammgruppen von vier bis sechs Studierenden eingeteilt. Sie setzen sich im Selbststudium in der Stammgruppe oder individuell mit dem Selbstlernmaterial auseinander. Neben die Lektüre treten dabei Lernaufträge, das Herstellen komplexer Handlungsprodukte, das Führen eines didaktischen Tagebuches bzw. E-Portfolioarbeit (siehe unten) und die Teilnahme an wöchentlichen virtuellen Konferenzen. Das Selbststudium wird informationstechnisch un-

terstützt. Die Studierenden arbeiten mit einem Learning Management System einschließlich einer E-Portfolio-Plattform, einem System für virtuelle Konferenzen sowie einer technischen Plattform zur besonderen Unterstützung des gegenseitigen Austausches („Community-Plattform“).

- > **Mentoring:** Jede studentische Stammgruppe erhält einen festen Mentor an einer Universitätsschule. Das Mentoring ist eine moderne Form der Personalentwicklung in Unternehmen, aber international auch der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften (Hobson et al. 2009). Als Mentoren werden Lehrkräfte der Universitätsschule eingesetzt. Diese werden von der Universität auf diese Aufgabe vorbereitet, erhalten themenspezifische Anregungen zum Mentoring und setzen sich mit den gleichen inhaltlichen Grundlagen wie die Studierenden auseinander. Die Mentoren verwenden das entwickelte Selbststudienmaterial und nutzen selbst die technische Infrastruktur. Die Tätigkeit der Mentoren wird auf die Unterrichtsverpflichtung angerechnet. Um die digitale Kommunikation innerhalb der Universitätsschule zu erleichtern, erhalten die Mentoren ein mobiles Endgerät (Blackberry) mit Übernahme der Datenkosten im Rahmen eines korrespondierenden Forschungsprojektes des Lehrstuhls zum Mobile Learning (Kalsperger & Wilbers, 2009).
- > **Präsenzblöcke an der Universität:** Die Präsenzblöcke an der Universität vertiefen das erworbene Wissen, werten Lernaufträge der Studierenden aus und erproben, beispielsweise in Rollenspielen, Anforderungssituationen, die sich so in Schulen oft nicht immer erfahren lassen, zum Beispiel die Durchführung von Konfliktsprachen.

Das Nürnberger Universitätsschulmodell ist von Anfang an als Verbesserung der ersten Phase und ein besserer Übergang zur zweiten Phase der Lehrerbildung entworfen worden. Das Modell kann und will die zweite Phase in keinem Fall, auch nicht zum Teil, erset-

zen. Die Universitätsschulen sind in der Nürnberger Vorstellung immer Seminar-schulen, um Referendare und Seminar-lehrer einbinden zu können. Die Seminar-lehrer werden an beiden Lernorten, an Universitätsschule und Schule, integriert und übernehmen wichtige Aufgaben in der Kompetenzentwicklung. Eine enge Zusammenarbeit mit den Seminar-lehrern ist grundlegend für die Qualität des Universitätsschulbetriebs.

Der inhaltliche Zement: Das Nürnberger didaktische Prozessmodell

Das inhaltliche Zentrum der Universitätsschule ist das in Nürnberg entwickelte didaktische Prozessmodell. Dieses Modell phasiert die Aspekte der oben skizzierten berufs- und wirtschaftsdidaktischen Kompetenz. Es startet mit der Entwicklung einer didaktischen Grundidee, berücksichtigt die Grob- und Feinplanung, die Umsetzung bis hin zur Evaluation und Revision von Unterricht. Dabei werden Aspekte der Schulentwicklung und des Qualitätsmanagements sowie Megatrends und deren Folgen, zum Beispiel bezüglich ethnisch-kultureller Diversität, integriert. So werden auch am Lehrstuhl entwickelte Standards für die Ausbildung von pädagogischen Professionals als Teil des Diversity Managements (Kimmelmann, 2009) integriert. Auf der Basis des Prozessmodells wurden Lerneinheiten für das mediengestützte Selbststudium entwickelt. Die Studierenden setzen auch diagnostische Instrumente im Schulalltag ein. Einzelfallstudien, die der vertieften Auseinandersetzung mit einzelnen Schülern und ihrem Umfeld dienen, spielen eine große Rolle. Mit dem Einsatz von standardisierten Instrumenten, beispielsweise zur Erfassung von Lernkompetenz und dem Einüben in das Fallverstehen ergibt sich ein besonders enger Bezug zur Methodik empirischer Forschung. Die forschungsmethodische Ausbildung der Studierenden ist ein integraler Teil der Arbeit in den Universitätsschulen.

E-Portfolio-Arbeit: Selbstreflexion(skompetenzen) der Studierenden stärken

Die Selbstreflexion der Studierenden, z. B. das Nachdenken über den naiven Prozess der Kulturalisierung von Dif-

ferenzen im (Lern-) Verhalten spielt in der Universitätsschule eine zentrale Rolle. Während des Studiums leisten die Studierenden Portfolioarbeit. Portfolios entwickelten sich zunächst als Sammlung von Produkten bei der Bewerbung, beispielsweise an Kunsthochschulen. Portfolios in der Lehrerbildung heben heute vor allem auf den Aspekt der Dokumentation von Lern- bzw. Arbeitsprodukten (Artefakten) und der damit verbundenen Selbstreflexion ab. Als E-Portfolios (Jahn, Trager & Wilbers, 2009) werden außerdem die Möglichkeiten moderner Internet-techniken genutzt. Die Grenzen zu E-Coaching (Trager & Wilbers, 2008) sind dabei fließend. Die Studierenden sammeln auf einer spezifischen, mit der Lernplattform der Universität verlinkten Webseite Artefakte. Das sind zum Beispiel Unterrichtsplanungen, die detaillierte, fallstudienförmige Beschreibung eines Schülers, eines Individualfeedbacks oder des Berufsbereichs der Schule im Rahmen der Bedingungsanalyse. Außerdem führen sie auf dieser Plattform, d. h. in einem geschützten Bereich des Internets, als Weblog ein pädagogisch-didaktisches Tagebuch. Diese Reflexionsphase wird durch spezifische Leitfragen („prompts“) unterstützt. Die persönlichen Portfolioinhalte werden von dem einzelnen Studenten in einem nächsten Schritt ausgewählt, ggf. in einer Gruppe oder dem Mentor gegenüber präsentiert und sie werden – auch gemeinsam – kommentiert bzw. reflektiert. Anschließend können die Artefakte von den Studierenden neu gebündelt und in Form eines Showcase-Portfolios für die Bewerbung bereitgestellt werden, das insbesondere als Teil des Bewerbungsverfahrens bei einer Direktbewerbung der Schulleitung gegenüber geöffnet werden kann. Auf diese Weise kann nicht nur der Personalentwicklungsprozess, sondern auch der Personalauswahlprozess für berufliche Schulen in Bayern unterstützt werden.

Reflexive Praktika, Werkstatt Praxisforschung, lernortkooperative Zertifikatskurse und bezahlte Unterrichtstätigkeit: Weitere curriculare Elemente der Universitätsschule

Die Schulpraktika werden heute von engagierten Kontaktlehrkräften in den

Schulen getragen. Diese bewährten Schulpraktika werden im Umfang von der Universitätsschule nicht berührt, aber zu reflexiven Praktika fortentwickelt. In der Universitätsschule widmen sich die Studierenden im Rahmen der Werkstatt/Praxisforschung mit den Schulen in der Region kooperativ definierten Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Neben dem verpflichtenden Angebot wird ein Differenzierungsangebot aufgebaut. In den ersten Semestern dient dieser Bereich vor allem dem Eingehen auf unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen der Studierenden. Diese werden als Folge einer ausdifferenzierten Zulassung (sprüfung) zum Master definiert. In den höheren Semestern können die Studierenden zusätzliche lernortkooperative Zertifikatskurse absolvieren. So ist beispielsweise in Kooperation mit der Beruflichen Schule 14 in Nürnberg ein Zertifikatskurs zur Qualifizierung von Betreuern von Übungsfirmenarbeit geplant. Weiterhin können sich die Studierenden mit Blick auf den Einsatz integrierter Unternehmenssoftware (ERP-Systeme) im Unterricht (Pongratz, Tramm & Wilbers, 2009) eine Qualifizierung ihrer Ausbildung im Umgang mit SAP zertifizieren lassen. In enger Kooperation mit der Firma Microsoft sollen auch modifizierte Zertifizierungen für MBS Dynamics Nav (ehem. Navision 4.0) erarbeitet und durchgeführt werden. Weiterhin wurden mit dem Amt für berufliche Schulen in Nürnberg Absprachen getroffen, den Studierenden Möglichkeiten zu bezahlten Unterrichtstätigkeiten zu ermöglichen. Der Differenzierungsbereich soll stufenweise mit externen Partnern weiter ausgebaut werden.

Mehr als Studierende ausbilden: Das Nürnberger Leitbild regionaler Lerngemeinschaften

Universitätsschulen folgen in der Nürnberger Vorstellung dem Leitbild regionaler professioneller Lerngemeinschaften (Professional Learning Communities): Es geht nicht allein um das Lernen der Studierenden, sondern auch um die Weiterentwicklung der Lehrkräfte, der Seminarlehrkräfte, der Schulleitungen, der Referendare sowie der beteiligten Wissenschaftler bzw. – institutionell be-

trachtet – die Weiterentwicklung von Universitäten und Schulen. Universitätsschulen unterscheiden sich von anderen Schulen so wie Universitätskliniken von „normalen“ Kliniken. Der Übergang zwischen gemeinsamer Forschung und Lehre soll in der Universitätsschule fließend sein. In diesem Verständnis ergeben sich hohe Ähnlichkeiten zu modernen Wissenschaftskonzeptionen, zum Beispiel zur Design-Forschung (Collins, 1999; Schoenfeld, 2006; Kelly, Lesh & Baek, 2008), zur Fallstudienforschung (Yin, 2009) und zum Collaborative Action Research (Mitchell, Reilly & Logue, 2009). In einem solchen Verbund muss sich das Nürnberger Modell der Universitätsschule bewähren und fortentwickeln. ■

Literaturverzeichnis

Harteis, C. (2009). Professional learning and technical vocational education and training: Challenges and perspectives for teachers and instructors. In R. McLean & D. Wilson (Hrsg.), *International handbook on the education for the world of work* (in press). Dordrecht: Springer.

Hobson, A. J., Ashby, P., Malderez, A. & Tomlinson, P. D. (2009). Mentoring Beginning Teachers: What We Know and What We Don't. *Teacher and Teacher Education*, 25 (1), 207-216.

Jahn, D., Trager, B. & Wilbers, K. (2009). E-Portfolios für berufliche Aus- und Weiterbildung. Nürnberg: Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung.

Kalsperger, M. & Wilbers, K. (2009). Integrierte Lernumgebungen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Reformierung der Ausbildung von Wirtschaftspädagogen mit Hilfe von ILIAS, Mahara und BlackBerrys. Nürnberg: Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung.

Kimmelman, N. (2009). Cultural Diversity als Herausforderung der beruflichen Bildung. Standards für die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Professionals als Bestandteil des Diversity Management. Aachen: Shaker (im Druck).

Kelly, A. E., Lesh, R. A. & Baek, J. Y. (Hrsg.). (2008). *Handbook of design research methods in education: Innovations in science,*

technology, engineering, and mathematics learning and teaching. New York, NY: Routledge.

Kunter, M., Klusmann, U. & Baumert, J. (2009). Professionelle Kompetenz von Mathematiklehrkräften: Das COACTIV-Modell. In O. Zlatkin-Troitschanskaia, K. Beck, D. Sembill, R. Nickolaus & R. Mulder (Hrsg.), *Lehrprofessionalität. Bedingungen, Genese, Wirkungen und ihre Messung* (S. 153–165). Weinheim: Beltz.

Lehmann-Grube, S. K. & Nickolaus, R. (2009). Professionalität als kognitive Disposition. In O. Zlatkin-Troitschanskaia, K. Beck, D. Sembill, R. Nickolaus & R. Mulder (Hrsg.), *Lehrprofessionalität. Bedingungen, Genese, Wirkungen und ihre Messung* (S. 59–70). Weinheim: Beltz.

Lindgren, U. (2005). Experiences of Beginning Teachers in a School-Based Mentoring Program in Sweden. *Educational Studies*, 31 (3), 251-263.

Mitchell, S. N., Reilly, R. C. & Logue, M. Ellin. (2009). Benefits of Collaborative Action Research for the Beginning Teacher. *Teacher and Teacher Education*, 25 (2), 344-349.

Pongratz, H., Tramm, T. & Wilbers, K. (2009) (Hrsg.). *Prozessorientierte Wirtschaftsdidaktik und Einsatz von ERP-Systemen im kaufmännischen Unterricht.* Aachen: Shaker (im Druck).

Schoenfeld, A. H. (2006). Design Experiments. In J. L. Green, G. A. Camilli & P. B. Elmore (Hrsg.), *Complementary Methods in Education Research* (S. 193-205). Mahwah: Lawrence Erlbaum.

Trager, B. & Wilbers, K. (2008). Selbstreflexion als besonderer Lernprozess - E-Coaching: Wege zur Unterstützung mittels E-Learning. In H. Geißler (Hrsg.), *E-Coaching* (S. 45–59). Hohengehren: Schneider.

Wenger, E. (2007). *Communities of practice: Learning, meaning, and identity* (15. Aufl.). Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Yin, R. K. (2009). *Case study research: Design and methods* (4. Aufl.). Thousand Oaks, Calif: Sage.

abl wird im Kultusministerium wegen Altersgrenze für Lehrer vorstellig

Nachdem die Anhebung der Pensionsgrenze auf 67 Jahre im öffentlichen Dienst zu erwarten ist und der Bayerische Rechnungshof die Regelung gerügt hat, nach der Lehrkräfte bereits zu Beginn des Schuljahres, in dem sie 65 Jahre alt werden, in den Ruhestand versetzt werden können, befürchtet die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrverbände, dass beides zusammen zur Folge hat, dass künftig Lehrkräfte u.U. bis „nahe 68“ arbeiten müssen, wenn sie keinen Pensionsabschlag erleiden wollten. Dies war Anlass zu einem intensiven Meinungsaustausch zwischen der abl-Spitze und dem bayerischen Kultusminister Dr.

Ludwig Spaenle. Dabei betonten die abl-Vertreter, dass auch der Lehrerberuf zu den stark belasteten Berufen gehöre und forderten deshalb bezüglich der Dienstrechtsreform ein Beibehalten der jetzigen Regelungen, wie das z.B. für Polizei und Justizvollzugsdienst geplant sei. Spaenle äußerte Verständnis für diese Forderung und versprach, sich zusammen mit der abl für eine vernünftige und zumutbare Regelung einzusetzen. Weitere Themen waren der Ausbau der Ganztagesangebote, die Lehrerversorgung im neuen Schuljahr und die Nachwuchsgewinnung im Lehrerbereich, vor allem in den Mangelfächern. ■



Von rechts: Max Schmidt (bvp), Josef Westenthanner (VLB, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, Anton Huber (brls), Jürgen Pache (KEG)

Arbeitszimmer:

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Abzugsverbots (BFH)

WOLFGANG LAMBL

Für den BFH ist ernstlich zweifelhaft, ob es verfassungsgemäß ist, dass ab 2007 Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nicht als Werbungskosten abzuziehen sind, wenn das Büro nicht den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet.

Hintergrund

Die BFH-Entscheidung erfolgte auf die Vorlage des FG Niedersachsen (Beschluss v. 2.6.2009, 7 V 76/09) in Hinblick auf Arbeitszimmer von Lehrern, denen kein anderer Arbeitsplatz als das häusliche Arbeitszimmer zur Verfügung steht. Sie konnten bis 2006 noch bis zu 1.250 Euro als Werbungskosten geltend machen.

Seit 2007 sind die Aufwendungen für häusliche Arbeitszimmer jedoch nicht mehr abzugsfähig, wenn die heimischen Räumlichkeiten trotz beruflicher oder betrieblicher Nutzung nicht den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung des Berufstätigen bilden. Dies ist aber gem. §§ 9 Abs. 5 Satz 1, 4 Abs. 5 Nr. 6b EStG Voraussetzung für die steuerliche Berücksichtigung.

Entscheidung des BFH

Der BFH hat nun bei Lehrern entschieden, deren Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit regelmäßig in der Schule liegt, dass die Aufwendungen für ihr häusliches Arbeitszimmer als Werbungskosten im Lohnsteuerermäßigungsverfahren zu berücksichtigen sind, weil einem Lehrer kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Begründung: Es bestehen ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung, da die Auswirkungen der Kürzungsvorschriften in der Literatur kontrovers diskutiert werden. Im Schrifttum wird überwiegend die Meinung vertreten, dass die Neuregelung aufgrund eines Verstoßes gegen das Gebot der Folgerichtigkeit verfassungswidrig sei oder die Begründung des Gesetzgebers für die Änderung fehl gehe. Nur vereinzelt wird die Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung angenommen, da

- > es sich beim häuslichen Arbeitszimmer um gemischt veranlasste Aufwendungen handelt, die der Gesetzgeber dem steuerlich nicht beachtlichen Bereich zuordnen dürfe;
- > die missbräuchliche Inanspruchnahme der Aufwendungen in der eigenen Wohnung nicht überprüfbar seien.

Der BFH hat deshalb die Interessen des Arbeitnehmers und des von Steuereinnahmen abhängigen Gemeinwesens gegeneinander abgewogen. Dabei steht dem Interesse des Lehrers an einem erst einmal nur vorläufigen Werbungskostenabzug kein überwiegendes öffentliches Interesse an einer geordneten Haushaltsführung entgegen.

Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung selbst hat sich der

BFH nicht geäußert. Diese Fragestellung bleibt dem Hauptsacheverfahren vorbehalten. Hierzu liegt ihm aber bereit eine Revision unter VI R 13/09 vor. Das FG Rheinland-Pfalz als Vorinstanz stuft die Neuregelung nicht als verfassungswidrig ein, da sich die Kürzung gerade noch im Rahmen des dem Gesetzgeber eröffneten Gestaltungsspielraums bewegt (Urteil v. 17.2.2009, 3 K 1132/07, EFG 2009 S. 651).

Dem BVerfG liegt zur Thematik jedoch bereits der Vorlagebeschluss des FG Münster unter 2 BvL 13/09 zur Entscheidung vor. Dieses stuft die Kürzung beim häuslichen Arbeitszimmer seit 2007 wegen des Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz zumindest teilweise als verfassungswidrig ein (FG Münster, Beschluss v. 8.5.2009, 1 K 2872/08 E).

Hinweis: Die Finanzverwaltung setzt Einkommensteuer- und Feststellungsbescheide in Hinsicht auf das häusliche Arbeitszimmer nur noch vorläufig fest (BME, Schreiben v. 1.4.2009, IV A 3 - S 0338/07/10010, BStBl 2009 I S. 510). Der Vermerk bezieht sich nur auf die Neuregelung zur Abziehbarkeit der Aufwendungen seit 2007 durch §§ 4 Abs. 5 Nr. 6b, 9 Abs. 5 EStG, wonach sich der Aufwand für das heimische Büro nur noch dann als Werbungskosten oder Betriebsausgaben absetzen lässt, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der beruflichen oder betrieblichen Tätigkeit darstellt.

Ausblick

Der Verfahrensausgang lässt sich trotz des aktuellen Beschlusses vom BFH nicht eindeutig prognostizieren, da sich der Sachverhalt anders als bei der Kürzung der Pendlerpauschale um die ersten 20 Kilometer darstellt. Denn nach Auffassung des BVerfG (Beschluss v. 7.12.1999, 2 BvR 301/98, BStBl 2000 II S. 162) verstößt die beschränkte Absetzbarkeit für ein häusliches Arbeitszimmer nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz in Art. 3 GG, wenn es nicht den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Betätigung bildet. Insbesondere ist dies gerechtfertigt, um eine typisierende Abgrenzung von Erwerbs- und Privatsphäre vornehmen zu können.

Bei der Entfernungspauschale hatte nur die ab 2007 gefundene Regelung gegen das GG verstoßen, da sie weit pendelnde Berufstätige unzulässigerweise begünstigt. Das BVerfG hat in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Fahrt zur Arbeit auch privat veranlasst ist. Dies könnte auch beim heimischen Büro gelten. Denn die Kürzung grenzt nicht etwa Räume bis 20 qm zu größeren Zimmern ab.

Der BFH stuft Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer jedenfalls nach bisherigem Verständnis als gewillkürte Erwerbsaufwendungen ein, die zwar wegen ihrer Nähe zu den Kosten der allgemeinen Lebensführung nicht in vollem Umfang, aber aus Gründen steuerlicher Lastgleichheit zumindest in Höhe eines realitätsgerechtem typisierten Betrages einkünftermindernd zu berücksichtigen sind. Das könnte dazu führen, dass das BVerfG nach seiner bisherigen Praxis möglicherweise nicht die Nichtigkeit der Neuregelung feststellen, sondern die Vorschrift lediglich als grundgesetzwidrig ansehen und dem Gesetzgeber eine Frist zur Änderung für die Zukunft aufgeben könnte.

Die Größenordnung des Steuerausfalls der mit der Neuregelung verbundenen Steuererhöhungen erscheint dem BFH nicht geeignet, das öffentliche Interesse als vorrangig zu beurteilen. Denn ein Steuerausfall in der Größenordnung von 300 Mio. Euro (BT-Drucks 16/1545, S. 9) in Relation zum gesamten Haushaltsvolumen kann die öffentliche Haushaltsführung nicht gefährden. Im Übrigen würde der Haushaltsvorbehalt jeden Verfassungsverstoß mit genügender finanzieller Breitenwirkung sanktionieren.

Doppelte Haushaltsführung jetzt auch bei privatem Wegzug

Nach geänderter Rechtsprechung kann eine beruflich veranlasste doppelte Haushaltsführung auch vorliegen, wenn der Mitarbeiter seinen Haupthausstand aus privaten Gründen vom Beschäftigungsort wegverlegt. Dies wirkt sich auch auf die steuerfreie Erstattung des Arbeitgebers aus.

Doppelte Haushaltsführung: Kosten-erstattung kann steuerfrei sein.

Eine steuerlich zu berücksichtigende doppelte Haushaltsführung liegt vor, wenn ein Mitarbeiter außerhalb des Orts beschäftigt ist, in dem er einen eigenen Hausstand unterhält (entspricht dem Lebensmittelpunkt) und am auswärtigen Beschäftigungsort übernachtet. Die doppelte Haushaltsführung wird aber nur anerkannt, wenn sie beruflich veranlasst ist, das heißt, wenn der Mitarbeiter anlässlich

- > einer Versetzung;
- > eines Arbeitgeberwechsels;
- > der erstmaligen Begründung eines Arbeitsverhältnisses eine Zweitwohnung am neuen Beschäftigungsort bezieht.

Bisher verneinte die Rechtsprechung die berufliche Veranlassung bei einer Wegverlegung der Familienwohnung vom Beschäftigungsort aus privaten Gründen.

Nach der jetzt geänderten Auffassung des Bundesfinanzhofs schließt aber eine solche Wegverlegung des Haupthausstands aus privaten Gründen eine beruflich veranlasste doppelte Haushaltsführung nicht mehr aus (BFH, Urteile v. 5.3.2009, VI R 23/07 und VI R 58/06). Beruflich veranlasst ist ein Zweithausstand bereits dann, wenn ihn der Mitarbeiter nutzt, um seinen Arbeitsplatz von dort aus zu erreichen. Nach der Auffassung des Gerichts ist es dabei unerheblich, ob noch ein enger Zusammenhang zwischen der Wegverlegung des Hausstands vom Beschäftigungsort und der (Neu-) Begründung des zweiten Haushalts am Beschäftigungsort besteht.

In den Urteilsfällen hatten die Kläger (in einem Fall ledig, im anderen verheiratet) ihren Hauptwohnsitz vom Arbeitsort weg verlegt, die bisherige Wohnung am Beschäftigungsort beibehalten und die Aufwendungen dafür als Kosten einer doppelten Haushaltsführung angesetzt.

Sind die Voraussetzungen einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung erfüllt, kann der Arbeitgeber die Unterbringungskosten, ebenso wie die Kosten für eine wöchentliche Familienheimfahrt und für eine Übergangszeit die Verpflegungskosten steuerfrei erstatten. Alternativ können die Mitarbeiter

die entsprechenden Kosten in ihrer Steuererklärung geltend machen.

Hinweis

Auch bei gelegentlichen Hotelübernachtungen am auswärtigen Beschäftigungsort können die Voraussetzungen für eine doppelte Haushaltsführung erfüllt sein.

Die Anzahl der Übernachtungen am Beschäftigungsort spielt keine Rolle. ■

Quelle: <http://www.haufe.de>

Vielen Dank an die Haufe Mediengruppe für die Unterstützung.

Wie hoch ist die „Pension“? (Teil 6):

Berechnung der Versorgungsansprüche

WOLFGANG LAMBL

Unfallfürsorge

Übersicht

Unfallfürsorgeleistungen sind Ausfluss aus der dem Dienstherrn obliegenden allgemeinen Fürsorgepflicht. Die Unfallfürsorge (§ 30 Abs. 2 BeamtVG) umfasst insbesondere:

1. Unfallruhegehalt

Voraussetzung

Ist der Beamte infolge eines Dienstunfalls dienstunfähig geworden und in den Ruhestand getreten, erhält er ein Unfallruhegehalt (§ 36 Abs. 1 BeamtVG). Dienstunfall ist ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen

Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist.

Höhe Unfallruhegehalt

Die Berechnung des Unfallruhegehalts richtet sich grundsätzlich nach den allgemeinen Vorschriften. Folgende Besonderheiten sind zu beachten:

- > Es ist die aktuelle Besoldungsgruppe zur Zeit der Ruhestandsversetzung ohne Wartefrist einschränkung und die Stufe zu Grunde zu legen, die bis zum Eintritt in den Ruhestand hätte erreicht werden können.
- > Die Zurechnungszeit wird nur zur Hälfte berücksichtigt.
- > Der nach § 14 Abs. 1 BeamtVG errechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich um 20 Prozent; das Unfallruhegehalt

Unfallfürsorge	
Laufende Zahlungen	Unfallruhegehalt
Zeitlich befristete Zahlungen	Unterhaltsbeitrag für entlassene dienstunfallverletzte Beamte
	Heilverfahren
	Unfallausgleich
Einmalige Zahlungen	Einmalige Unfallentschädigung
	Sachschadenersatz

beträgt mindestens 66 2/3 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und darf 75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen (§ 36 Abs. 3 BeamtVG).

2. Erhöhtes Unfallruhegehalt

Erhöhtes Unfallruhegehalt wird gewährt, wenn ein Beamter sich bei Ausübung der Diensthandlung einer damit verbundenen besonderen Lebensgefahr ausgesetzt und infolge dieser Gefährdung einen Dienstunfall erlitten hat (§ 37 BeamtVG).

Steuerliche Behandlung

Der Versorgungsbezug ist zu versteuern. Nach § 19 Abs. 2 EStG ist hierbei ein Versorgungsfreibetrag sowie ein Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag zu berücksichtigen.

Die Höhe des Versorgungsfreibetrages sowie des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag bestimmt sich seit dem Jahr 2005 nach dem Jahr des Versorgungsbeginns. Der Versorgungsfreibetrag und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag werden ab dem Jahr 2006 für jeden neu in den Ruhestand tretenden Jahrgang abgeschmolzen, bis sie (ab dem Jahr 2040) ganz entfallen.

Der zum Ruhestandsbeginn berechnete Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag gelten grundsätzlich für die gesamte Laufzeit des Versorgungsbezugs. Sie werden jedoch neu berechnet, wenn sich der Versorgungsbezug wegen der Anwendung von Anrechnungs-, Ruhens-, Erhöhungs- oder Kürzungsregelungen erhöht oder vermindert. Dies wäre z. B. der Fall bei der Anrechnung von Erwerbs- oder Erwerbsersatz Einkommen nach § 53 BeamtVG sowie bei der Anrechnung von anderen Versorgungsbezügen (§ 54 BeamtVG) oder von Renten (§ 55 BeamtVG).

Beim Wechsel von einem Versorgungsbezug zu einem Hinterbliebenenbezug (Witwen- oder Waisengeld) richten sich der Versorgungsfreibetrag und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag nach dem Jahr des Beginns des Versorgungsbezugs des Versorgungsurhebers – Verstorbener –. Der Versorgungsfreibetrag und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag ermäßigen sich hierbei jedoch

Hinterbliebenenversorgung	
Laufende Zahlungen	Witwen- oder Witwergeld, Waisengeld
	Kinderzuschlag zum Witwen- oder Witwergeld
	Kinderbezogener Anteil des Familienzuschlags
	Unterhaltsbeitrag für nicht wittwengeldberechtigte Witwen
Zeitlich befristete Zahlungen	Unterhaltsbeiträge
	Bezüge für den Sterbemonat
Einmalige Zahlungen	Sterbegeld
	Witwen-, oder Witwerabfindung
	Sonderzahlung
Jährliche Zahlungen	

für jeden vollen Kalendermonat, für den keine Versorgungsbezüge gezahlt werden, um ein Zwölftel.

Hinterbliebenenversorgung

Die Alimentationspflicht des Dienstherrn setzt sich nach dem Tod des Beamten mit einem eigenständigen Anspruch der hinterbliebenen Familienangehörigen fort. Die Hinterbliebenenversorgung umfasst folgende Leistungen:

1. Wittwengeld

Anspruch (§ 19 BeamtVG)

Der überlebende Ehegatte eines Beamten auf Lebenszeit oder eines Ruhestandsbeamten hat grundsätzlich Anspruch auf Wittwengeld. Dies gilt nicht, wenn die Ehe mit dem Verstorbenen nicht mindestens ein Jahr gedauert hat oder wenn die Ehe erst nach Eintritt in den Ruhestand geschlossen worden ist und der Ruhestandsbeamte zur Zeit der Eheschließung das fünfundsiebzigste Lebensjahr bereits vollendet hatte. Besteht aus letzterem Grund kein Anspruch auf Wittwengeld, ist ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Wittwengeldes zu gewähren; Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen

sind dabei in angemessenem Umfang anzurechnen (§ 22 Abs. 1 BeamtVG).

Höhe

Das Wittwengeld beträgt 55 v. H. des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder beim Eintritt in den Ruhestand am Todestag hätte erhalten können (§ 20 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG). Wurde die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen und ist mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren, so beträgt das Wittwengeld 60 v. H. des Ruhegehalts (§

69e Abs. 5 BeamtVG). Das Wittwengeld ist zu kürzen, wenn die Witwe mehr als 20 Jahre jünger war als der Verstorbene und aus der Ehe kein Kind hervorgegangen ist.

Die Wittwengeldzahlung endet mit dem Tod oder der Wiederverheiratung der Witwe (§ 61 BeamtVG).

2. Waisengeld

Anspruch

Die Kinder eines verstorbenen Beamten auf Lebenszeit oder eines verstorbenen Ruhestandsbeamten erhalten Waisengeld (§ 23 BeamtVG).

Dies gilt nicht, wenn das Kindschaftsverhältnis durch Annahme als Kind begründet wurde und der Ruhestandsbeamte zu diesem Zeitpunkt bereits im Ruhestand war und das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Höhe

Das Waisengeld beträgt für Halbweisen 12 v. H. und für Vollweisen 20 v. H. des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder beim Eintritt in den Ruhestand am Todestag hätte erhalten können (§ 24 BeamtVG).

Die Zahlung des Waisengeldes endet grundsätzlich mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Auf Antrag wird das Waisengeld unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Schul- oder Berufsausbildung) über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 27. Lebensjahr weitergewährt (§ 61 BeamtVG). ■

(Quelle: Bayerisches Finanzministerium)

Tarifrecht: Höhergruppierung für Beschäftigte möglich

WOLFGANG LAMBL

Möglichkeit der Höhergruppierung für Beschäftigte durch Änderungs-tarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-L erreicht

Nach § 8 des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der Länder

(TVÜ-L) können Beschäftigte, die aus dem Geltungsbereich des BAT in eine der Entgeltgruppen 3, 5, 6, oder 8 übergeleitet wurden auch nach dem 01.11.2006 (Geltung des TV-L) noch höhergruppiert werden, wenn sie zum Stichtag 01.11.2006 bereits die Hälfte

te ihrer Bewährungszeit erfüllt hatten. Für Beschäftigte der Entgeltgruppen 9 – 15 bestand diese Möglichkeit nur, wenn zum Stichtag 01.11.2006 mindestens die Hälfte der Bewährungszeit erfüllt und die Höhergruppierung bis 31.10.2008 durchzuführen war.

Änderungstarifvertrag ermöglicht Höhergruppierung

Gemäß Änderungs-tarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-L können nun auch Beschäftigte höhergruppiert werden, die zum Stichtag 01.11.2006 noch nicht die Hälfte ihrer Bewährungszeit erfüllt hatten und die bei Fortbestehen des BAT bis spätestens 31.12.2010 höhergruppiert worden wären.

Beschäftigte, die zum 01.11.2006 bereits die Hälfte ihrer Bewährungszeit erfüllt hatten, wurden und werden – vorbehaltlich der erforderlichen Bewährung – auch weiterhin von Amts wegen höhergruppiert.

Ansprüche schriftlich geltend machen

Beschäftigte, die zum 01.11.2006 noch nicht die Hälfte der Bewährungszeit erfüllt hatten und die von den erweiterten Besitzständen des Änderungs-tarifvertrages Gebrauch machen wollen, müssen ihre Ansprüche schriftlich geltend machen. Nachdem eine mögliche Höhergruppierung unterschiedliche Auswirkungen haben kann, sollten sich die Beschäftigten vor der Antragstellung den möglichen Höhergruppierungsgewinn vom Landesamt für Finanzen berechnen lassen.

Die Entscheidung über die Antragstellung muss vom Beschäftigten getroffen werden. ■

Schreiben des VLB an das Bayerische Kultusministerium:

Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz; Lehrpersonal an staatlich anerkannten Berufsfachschulen

Sehr geehrter Herr Denneborg, immer wieder erreichen uns Beschwerden und Fragen zu den staatlichen Lehrpersonal- und Betriebszuschüssen für kommunale und private berufliche Schulen.

Die Lehrpersonal- und Betriebszuschüsse werden nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz für kommunale und private berufliche Schulen gewährt (Art. 41 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG).

Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie uns zu folgender Frage eine rechtliche Stellungnahme zukommen lassen:

„Wie verpflichtet der Freistaat die kommunalen und privaten Arbeitgeber, den staatlich anerkannten Schulen, die jährliche Jahressonderzahlung und den Versorgungszuschlag in Höhe von 25 Prozent an die dort beschäftigten Lehrkräfte weiter zu geben?“

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Wunderlich, Vorsitzender

Antwortschreiben des Bayerischen Kultusministeriums:

Vollzug des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG); hier: Lehrpersonal an staatlich anerkannten Berufsfachschulen

Sehr geehrter Herr Wunderlich, zu Ihrer Frage vom 10.07.2009 darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Der Freistaat Bayern gewährt den Schulaufwandsträgern der kommunalen und staatlich anerkannten beruflichen Schulen Lehrpersonal- bzw. Betriebszuschüsse nach den Regelungen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes in Höhe eines pauschalierten Lehrpersonalaufwands. Der Berechnung der Zuschüsse werden neben dem Grundgehalt eines Beamten auch die jährliche Sonderzahlung und der Versorgungszuschlag zu Grunde gelegt.

Der Freistaat Bayern kann den Schulaufwandsträgern nicht vorschreiben, in welcher Höhe die Lehrkräfte vergütet werden. Bei den privaten Ersatzschulen kann allerdings über die Genehmigung nach Art. 92 ff. EUG auf die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte Einfluss genommen werden. Bei privaten Ersatzschulen kann die Genehmigung verweigert bzw. widerrufen werden, wenn die Gehälter und Vergütungen der Lehrkräfte bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an vergleichbaren öffentlichen Schulen wesentlich zurückbleiben (Art. 97 Abs. 1 Nr. 3 BayEUG). Dies ist nach ständiger Verwaltungsübung dann der Fall, wenn die Gehälter und Vergütungen weniger als 80 Prozent der Gehälter und Vergütungen der Lehrkräfte an vergleichbaren öffentlichen Schulen betragen. Kommunale Schulen sind hingegen nicht genehmigungspflichtig, so dass hier nicht über die Genehmigung bzw. deren Widerruf auf die wirtschaftliche Stellung der Lehrkräfte Einfluss genommen werden kann.

Um an privaten und kommunalen Schulen eine ausreichende Bezahlung sicherzustellen ist beabsichtigt, eine entsprechende Vorschrift auch in das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Scherg, Ministerialrätin

dbb zu Verhandlungen Entgeltordnung für Lehrkräfte:

Bezahlung ins Lot bringen – Nachwuchs sichern

„Die Bezahlung der Lehrer ist im Vergleich zu anderen akademischen Berufen so schlecht, dass uns langsam der Nachwuchs ausgeht.“ Bei den bevorstehenden Verhandlungen über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte fordert Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der dbb tarifunion, deshalb eine deutliche Einkommensverbesserung für die 200.000 tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer. Momentan verdiene ein Grundschullehrer in den neuen Bundesländern in der Entgeltgruppe 11 als Berufsanfänger knapp 2.400 Euro, ein Gymnasiallehrer in der Entgeltgruppe 13 etwa 2.800 Euro. Stöhr: „Das wird den gestiegenen Anforderungen und den geänderten Ausbildungsabschlüssen bei Lehrern nicht gerecht und ist auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig. An den deutschen Oberschulen fehlen inzwischen 20.000 Pädagogen, vor allem in Technik, Mathematik und Naturwissenschaften.“

Wir müssen die Bezahlung endlich ins Lot bringen, sonst verlieren wir den Wettlauf mit der Privatwirtschaft um den Nachwuchs.“

Hierzu, so Stöhr weiter, müsse endlich eine Tarifierung der Bezahlung von Lehrkräften erreicht werden. Mit der Bezahlung auf Grund von Arbeitgeberrichtlinien müsse Schluss sein. Auch die aktuell unterschiedliche Eingruppierung von Lehrkräften je nach Bundesland sei nicht mehr zeitgemäß. Stöhr:

„Am Ende der Verhandlungen muss eine Eingruppierung stehen, die den gestiegenen Anforderungen an die Lehrerbildung und der hohen Verantwortung im Lehrerberuf Rechnung trägt.“

Die Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung zwischen Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beginnen am 29. September 2009 in Berlin. ■

Vor ziemlich genau 30 Jahren:

Die „Würzburger Hochzeit“

PETER THIEL

Was heute die VLB-Berufsbildungskongresse sind, waren früher die Berufsschultage und davor die Landesarbeitstagungen. Einer dieser Berufsschultage, der fünfte seiner Art, ging in besonderer Weise in die Verbandsgeschichte ein. Er stand unter dem Motto „Berufliche Bildung heute – soziale Sicherheit morgen“ und fand ziemlich genau in diesen Tagen vor 30 Jahren in Würzburg statt. Wie damals üblich, handelte es sich um eine Gemeinschaftsveranstaltung der drei bayerischen Berufsschullehrerverbände VBL, VBB und VDH.

Was diesen Berufsschultag in der Rückschau auszeichnet ist die Tatsache, dass damals der erste Schritt in Richtung VLB vollzogen wurde, indem sich zwei der drei „Quellflüsse“ des VLB zusammenschlossen. Im Klartext: Der Verband bayerischer Berufsschullehrer (VBB) und der Verband bayerischer Landwirtschaftslehrer (VBL) gingen „die Ehe“ ein. Das Verbandsblatt „VBB aktuell“ berichtete über die Würzburger Hochzeit und der neue Name lautete „Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern“. Das Kürzel jedoch blieb das alte: VBB. Soweit die Fakten.

Othmar Doleschal, in Würzburg als Landesvorsitzender des VBB bestätigt, schrieb in der Verbandspostille: „(...) In richtiger Einschätzung der aktuellen Situation an den beruflichen Schulen hielten es beide Verbände nicht länger für sinnvoll, getrennt gleiche Interessen zu vertreten. (...) Beide Seiten gingen davon aus, dass der Zusammenschluss nicht das Aufgehen eines Verbandes in den anderen bedeuten könne, sondern dass ein neuer Verband entstehen müsse, in dem sich die ehemaligen Teile dort wiederfinden sollten, wo Verantwortung, Arbeit und Repräsentanz vonnöten sind: in der neuen Vorstandschaft. (...) Seit Würzburg werden alle Lehrer an gewerblichen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Schulen durch den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen vertreten. (...) Drei Verbände richteten den 5. Bayerischen

Berufsschultag aus, nur noch zwei führen wieder nach Hause (...)“. Soweit der VBB-Landesvorsitzende in seiner Lagebeurteilung.

Zentrum des Würzburger Berufsschultages war die Franz-Oberthür-Schule, die es mit ihren großzügigen baulichen Voraussetzungen möglich machte, alle Teilveranstaltungen unter einem Dach durchzuführen.

Das Festreferat hielt Kultus-Staatssekretärin Dr. Mathilde Berghofer-Weichner. Es ging dabei u.a. um lernbehinderte Jugendliche, Jungarbeiter, ausländische Jugendliche, berufliche Mädchenbildung, Lehreraus- und -fortbildung und um die berufliche Grundbildung. Im Hinblick auf den bildungspolitischen Standort der Berufsschule sagte die Staatssekretärin: „Sie (die Berufsschule) ist mehr als der Erfüllungsgehilfe bei der Verwirklichung von Forderungen der Ausbildungsordnung. (...) Berufliche Bildung wurzelt auch in ihren nichtfachlichen Inhalten“, Aussagen, die mit viel Beifall bedacht wurden

In Verklärung werden sich die Teilnehmer dieser Hauptveranstaltung erinnern: Der Redenschreiber hatte es besonders gut gemeint mit den beruflichen Schulen und der Staatssekretärin ein dickes Redemanuskript auf den Weg gegeben. Mit viel Liebe zum Detail versuchte diese alles exakt abzuarbeiten, wodurch der Zeitplan durcheinander geriet. Wer, wie der Autor dieser Zeilen im hinteren Teil der mit rund 800 Personen besetzten Aula saß, konnte beobachten, wie sich die Reihern peu à peu lichteten, während die Rednerin noch standhaft mit ihrem Manuskript rang. Peter Raffelt, seinerzeit Schriftleiter von VBB kommentierte: „Die Hauptveranstaltung war imponierend besucht. Doch wieder einmal erwies sich, dass nur die Musik zeitlich berechenbar ist. Wollen wir doch endlich zur Kenntnis nehmen, dass man es nur von einem Berufsschüler verlangen kann, sich 9 Stunden am Tag zu konzentrieren. Für einen Erwachsenen indes sind zwei Stunden genug, in denen er klare Absichten und politische Wirklichkeit er-



Günther Scholz verabschiedet sich in Würzburg offiziell von der Verbandsarbeit.

kennnt. Immerhin aber zeigte sich, dass unser Berufsstand sich nicht nur darzustellen vermag, sondern dass er auch beachtet wird“.

Bei aller Verbandseuphorie und Freude über den Zusammenschluss gab es in Würzburg auch einen Wermutstropfen,

Neuerscheinung im VLB-Verlag:

60 Jahre im Dienst der beruflichen Bildung in Bayern

Festliche Matinee im Marmorsaal der Nürnberger Akademie. Prominente Gäste, darunter auch der bayerische Kultusminister, Gratulationen, Rück- und Ausblicke, feierliche Musik. Es war der 11. Juli 2009, und der VLB hatte zum 60. Geburtstag eingeladen. Eigentlich sollte zu diesem Termin die aktualisierte Verbandschronik, um die es hier geht, bereits aufliegen. Doch dann hielt es die Verbandsspitze für sinnvoll, die Geburtstagsfeier in die Schrift mit aufzunehmen und sie dort sozusagen einen krönenden Abschluss bilden zu lassen. Deshalb also das verspätete Erscheinen der Schrift.

Vor 10 Jahren schon einmal – zum 50-jährigen Verbandsjubiläum – gab es eine Chronik. Sie beschrieb den Beginn der Verbandsarbeit bayerischer Berufsschullehrer im Jahre 1949, als die drei „Quellflüsse“ des VLB ins Leben gerufen wur-

den Othmar Doleschal so zum Ausdruck brachte: „Der Landesvorsitzende des VBL, Günther Scholz, wird uns mit einem Verbandsmandat nicht mehr zur Verfügung stehen. Mit ihm ist nach zwanzigjährigem unermüdlichen Wirken eine Persönlichkeit ausgeschieden, die in vorderster Linie mit Sachkenntnis und schier unerschöpflicher Einsatzbereitschaft das mitgeformt hat, was unser heutiges berufliches Schulwesen von gestern unterscheidet“.

Auf Grund seiner Verdienste um den Aufbau der beruflichen Schulen wurde Günther Scholz in Würzburg zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In dieser Eigenschaft stand er bis zu seinem frühzeitigen Ableben im November 1991 dem VBB mit Rat und Tat zur Seite und so manche verbandspolitische Entscheidung trug seine Handschrift.

Die „Würzburger Hochzeit“, sie war sozusagen die erste Runde dessen, was 12 Jahre später zur Endgültigkeit wurde: Das Zusammengehen aller Lehrer beruflicher Schulen in einem gemeinsamen Interessenverband auf Landesebene. ■

den, ferner die bildungs- und standespolitischen Entwicklungen der beruflichen Schulen im Freistaat bis zum Zusammenschluss im Jahre 1991. Ein weiteres Kapitel verfolgte den Weg des VLB bis 1999.

Die neu aufgelegte Chronik ist eine Fortschreibung des damaligen Werks. Die Kapitel über die ursprünglichen Verbände wurden leicht gekürzt und die VLB-Geschichte um die Ereignisse der letzten 10 Jahre ergänzt. Dabei geriet der Chronist angesichts der Vielfalt der Ereignisse mitunter in Schwierigkeiten, musste er doch auswählen, reduzieren und weglassen, damit die Schrift den vorgesehenen Umfang nicht überschritt.

In seinem Vorwort weist VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich darauf hin, wie stark Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Verbandes zusammen gehören. „Fest veran-

kert in der Vergangenheit richtet der VLB, die Standesvertretung aller Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern, den Blick in die Zukunft und ist dabei bemüht um höchstmögliche Kontinuität“, schreibt er. „Doch nicht nur weil er seine Vergangenheit erzählen möchte“, so der Landesvorsitzende weiter, „erstellte der VLB die vorliegende Chronik. Er tat dies auch aus Dank, Respekt und Hochachtung gegenüber den Pionieren, die mit einem hohen Maß an Idealismus, mit gutem Glauben an die Zukunft und unter großen persönlichen Opfern den Aufbau verantwortlich mit gestalteten und die dafür sorgten, dass wir heute auf einem sicheren Fundament nach vorne schreiten können.“

Die beruflichen Schulen – stets am Puls der Zeit, weil an der Nahtstelle zur Wirtschaft, leisten landauf, landab groß-



artige Arbeit. Doch die öffentliche Akzeptanz bleibt ihnen vielfach versagt. Dies übrigens beklagte bei der Nürnberger Jubelfeier auch Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Die beruflichen Schulen sehen die Probleme und lösen sie, aber sie müssen ihre Leistungen stärker publik machen“, sagte er. Auch dies ein Grund für die Auflage dieser Chronik.

Nach intensiver Vorarbeit wird die rund 230 Seiten umfassende und reichlich bebilderte Broschüre in den nächsten Tagen nun erscheinen. Alle, die daran mitgearbeitet haben, würden sich freuen, wenn sie zahlreiche und interessierte Leser fände. Dann hätten sich Mühe und Kosten gelohnt. *Peter Thiel*

Berufliche Schulen erschließen Welten:

23. Deutscher Berufsschultag in Bamberg

Nach dem 18. Deutschen Berufsschultag im Jahre 1990, der in Würzburg stattgefunden hat, veranstaltet der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) seinen 23. Deutschen Berufsschultag vom 12. – 14. November 2009 wieder in Bayern, in Bamberg. Da der VLB als Landesverband Mitglied des BLBS ist, wäre es ein deutliches Zeichen dafür, die Bedeutung des VLB und des BLBS zu stärken, wenn möglichst viele Mitglieder des VLB an dem Berufsschultag teilnehmen würden!

Das Motto „Berufliche Schulen erschließen Welten“ lädt dazu ein, den Blick in die einzelnen deutschen Bundesländer zu richten und dort den Stellenwert der beruflichen Bildung zu untersuchen.

Der Blick über den Zaun eröffnet aber auch in den Gesprächen mit den internationalen Gästen die Möglichkeit, die Bedeutung der beruflichen Bildung z. B. in Frankreich, Südtirol oder der Schweiz kennen zu lernen.

Unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin ist dieser 23. Deutsche Berufsschultag geprägt durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen:

- > die Hauptveranstaltung,
- > die umfangreiche Lehrmittelausstellung,
- > die zahlreichen Arbeitskreise und
- > ein interessantes Rahmenprogramm.

Zugleich hat die Bundesvertreterversammlung mit den Delegierten aus den 16 Bundesländern die Aufgabe, den Bundesvorstand des BLBS zu wählen.

Die folgenden Programme geben einen groben Überblick über den Ablauf des 23. Berufsschultages, die Festveranstaltung und die Themen der Arbeitskreise. Bei der Durchsicht kann man feststellen, dass das Motto bei allen Veranstaltungen diskutiert und durchleuchtet wird mit dem Ergebnis, jedem Teilnehmer eine interessante Perspektive für seine zukünftige Arbeit an den beruflichen Schulen zu eröffnen.

Da sich auch zahlreiche internationale Gäste angemeldet haben, gibt es sicher viele Möglichkeiten, über die berufliche Bildung auch in anderen Ländern zu diskutieren und von deren Erfahrungen berichtet zu bekommen.

Der BLBS und die Weltkulturerbestadt Bamberg sind gerüstet!

Es lohnt sich also, nach Bamberg zu kommen! Unterstreichen Sie mit Ihrem Besuch den Stellenwert, der der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit zukommen muss!

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Heiko Pohlmann

Programm

Donnerstag, 12. 11. 2009

- 14:00 – 18:00 Uhr Bundesvertreterversammlung, Teil 1**
Hegel-Saal I – Konzert- und Kongresshalle
- 14:00 – 17:00 Uhr Stadtführung in Bamberg für Gäste**
- 19:30 – 23:00 Uhr Gemeinsames Abendessen**
Rittersaal Altenburg

Freitag, 13. 11. 2009

- 09:00 – 15:00 Uhr Lehr- und Lernmittelausstellung**
Foyer Erdgeschoss, Konzert- und Kongresshalle
- 10:00 – 10:45 Uhr Pressekonferenz, Foyer-Hajek – Konzerthalle)**
- 11:00 – 13:00 Uhr Hauptveranstaltung**
Joseph-Keilbert-Saal – Konzert- und Kongresshalle
- 13:30 – 14:30 Uhr Mittagsimbiss, Foyer der Konzert- und Kongresshalle**
- 14:30 – 17:00 Uhr Arbeitskreise, Ziegelbau**
- 20:00 – 24:00 Uhr Festabend, Ziegelbau Ballsaal**

Samstag, 14. 11. 2009

- 09:00 – 13:00 Uhr Bundesvertreterversammlung, Teil 2**
Hegel-Saal I – Konzert- und Kongresshalle

Festveranstaltung

13.11.2009 – Konzert- und Kongresshalle
11:00 – 13:00 Uhr

- Musik:** **Bamberger Symphoniker** (Trompete)
- Begrüßung:** **Hans Lehmann**
stellvertretender Bundesvorsitzender des BLBS
- Grußworte:** **Andreas Starke**
Oberbürgermeister der Stadt Bamberg
- Musik:** **Viva Voce**
- Festrede:** **Dr. Ludwig Spaenle,**
Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus
- Impulsreferat:** **Manfred Kremer**
Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)
- Musik:** **Viva Voce**
- Videoeinspielung**
- Podiumsdiskussion: „Berufliche Schulen erschließen Welten“**
Teilnehmer:
Prof. Dr. Thomas Bals, Universität Osnabrück
Johanna Bittner-Kelber, Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung
Dr. Ludwig Spaenle, 1. Vizepräsident der Kultusministerkonferenz
Beat Wenger, Zentralpräsident Berufsbildung Schweiz
Moderation: Ursula Heller, Journalistin, Bayer. Rundfunk
- Musik:** **Viva Voce**
- Schlussrede:** **Berthold Gehlert,** Bundesvorsitzender des BLBS
- Musik:** **Bamberger Symphoniker** (Trompete)

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des BLBS unter: www.blbs.de
PS: Der Besuch der Hauptveranstaltung und der Arbeitskreise ist im Internetportal „Fortbildung in bayerischen Schulen“ – fibs akkreditiert. (www.fibs.schule.bayern.de)

Arbeitskreise

13.11.2009 in Bamberg
ab 14:30 Uhr

- A 1**
Auswirkungen von Berufsbildungs-PISA, DQR und Qualitätsentwicklung / Schulevaluation auf die Berufe im Gesundheitswesen
Leitung: Elke Martin
Teilnehmerzahl: 30
- A 2**
Wie durchlässig ist die berufliche Bildung? – Rekrutierungswege und Professionalisierungswege im Gesundheits- und Sozialwesen
Leitung: Sabine Mesech
Teilnehmerzahl: 30
- A 3**
Das neue Dienstrecht in der Praxis
Leitung: Wolfgang Lambl
Teilnehmerzahl: 30
- A 4**
Der Tarifvertrag für die Länder unter Beachtung der Spezifika für die Lehrkräfte
Leitung: Roland Hiepe
Teilnehmerzahl: 30
- A 5**
Lehrerbildung in der 1. und 2. Phase – Bilanz und Perspektiven im Vergleich der Bundesländer
Leitung: Prof. Dr. Günter Pätzold, Heiko Pohlmann
Teilnehmerzahl: 30
- A 6**
Zukünftige Arbeitsperspektiven für Fachpraxislehrer
Leitung: Reinhard Stritter
Teilnehmerzahl: 30
- A 7**
Qualitätsentwicklung an berufsbildenden Schulen
Leitung: Hans Lehmann
Teilnehmerzahl: 30
- A 8**
Junge Berufspädagogen (JuBe): Die Berufseinstiegsphase bewältigen durch Kommunikation und Netzwerkbildung
Leitung: Katrin Fuchs
Teilnehmerzahl: 20

Demografischer Wandel:

Vom Einstellungsgespräch zum Überzeugungsgespräch

MICHAEL KLUGE

Ausbildung ist mehr als die Weitergabe von Wissen und Können. Sie ist in erster Linie eine Begegnung ganz unterschiedlicher Menschen. Und diese Begegnung gilt es pädagogisch zu gestalten. Entscheidend ist dabei der Umgang mit dem, was sich zwischen den Beteiligten entwickelt und auf Antrieb nicht sichtbar, hörbar, greifbar ist. Dieser Zwischenraum ist das Dritte, was lebt. Denn Auszubildende und Ausbilder sind keine separat existierenden Personen der beruflichen Ausbildung, sondern befinden sich in einem dynamischen Wechselverhältnis zueinander.

Demografischer Wandel

Haben Sie schon einmal an einem Samstagabend in der ARD das Frühlings-, Sommer-, Herbst- oder Winterfest der Volksmusik gesehen? Dort können Sie jedes Mal beobachten, wie sich der Geburtenrückgang in unserer Gesellschaft in etwa auswirkt: Florian Silbereisen, Ende Zwanzig, moderiert vor Zuschauern, deren Rentenbescheide höchstwahrscheinlich noch aus der Ära Norbert Blüm stammen. Demografischer Wandel? Das bedeutet vor allem weniger Penaten-Creme, weniger Clearasil, aber viel Toska. Dieser Spruch hat einen wahren Kern: Die Zahl der Geburten geht seit 1991 – mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997 – stetig zurück. Im Schuljahr 2007/08 besuchten rund 157 000 weniger Kinder und Jugendliche allgemeinbildende Schulen als im Vorjahr. In den neuen Bundesländern lag der Rückgang bei 4,4 Prozent, in Westdeutschland bei 1,2 Prozent.

„Dann ist ja alles in Butter“, könnte so mancher Alt-Bundesgeselle im Westen denken und die Hände getrost in den Schoß legen. Pustekuchen! Auch die Unternehmer im Westen werden vom demografischen Wandel nicht verschont. Das liegt zum einen daran, dass

die regionalen Entwicklungen sehr unterschiedlich sind, zum anderen ist bekanntlich Quantität nicht gleich Qualität. Schon heute können viele Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen, weil die Bewerber nicht das nötige Rüstzeug mitbringen. „Jährlich verlassen über 200 000 Schüler die allgemeinbildende Schule, ohne über ausreichende Kenntnisse für eine Berufsausbildung zu verfügen. Viele dieser Jugendlichen haben noch nicht einmal den Hauptschulabschluss“ (Zedler 2006, S. 41).

Zugleich wird es immer schwieriger, trotz hoher Arbeitslosigkeit geeignete Fachkräfte zu finden. Der demografische Wandel wird dieses Problem verstärken, da weit weniger (qualifizierte) Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen und eine Ausbildungsstelle suchen werden. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsberufe gestiegen ist. Die guten Schulabgänger verteilen sich also auf mehr Berufe.

Zunehmender Fachkräftemangel und immer weniger (qualifizierte) Schulabgänger – da braut sich etwas zusammen. Wenn in wenigen Jahren die demografische Entwicklung die Arbeitswelt mit all ihren Konsequenzen erreicht, wird sich der Ausbildungsstellenmarkt von einem Anbieter- zu einem Nachfragemarkt, das Einstellungsgespräch zu einem Überzeugungsgespräch ändern. Manche Autoren sprechen von einem „War for Talents“. Auch wenn der Wettbewerb um die Talente nicht auf einem Schlachtfeld getragen wird, müssen sich die Unternehmen stärker um sie bemühen. Die qualifizierten jungen Menschen wollen umworben werden. Mit einer „Geiz-ist-geil-Mentalität“ ist der Wettbewerb um die klügsten Köpfe nicht zu gewinnen. Diejenigen Unternehmen, die heute die Nachwuchssicherung als strategische Aufgabe ersten Ranges definieren, werden entscheidende Wettbewerbsvorteile verzeichnen. Unternehmen, die abwarten und denen es nicht gelingt, aus Sicht

der Bewerber attraktiv zu erscheinen, werden in Zukunft den Kürzeren ziehen.

Professionelles Ausbildungsmanagement als Erfolgsfaktor

Ab sofort ist ein professionelles Ausbildungsmanagement selbst auferlegte Pflicht, nicht Kür. Diese Maßnahme ist alternativlos. Denn der Ruf eines attraktiven Ausbildungsbetriebes lässt sich nicht von heute auf morgen entwickeln. Die Schüler, die dieses Jahr ausgewählt werden und im nächsten Jahr ihre dreijährige Ausbildung starten, können erst in ein paar Jahren über die Vorzüge des Ausbildungsbetriebes berichten. Bis sich das herumspricht, vergeht eine Weile.

Wer gute Schüler als Auszubildende gewinnen will, ist also gut beraten, sich frühzeitig um sie zu bemühen. Schnuppertage, Praktika und Ferienjobs können erste Schritte sein, den Kontakt zu ihnen aufzunehmen und auszubauen. Forcieren Sie auch Ihren Kontakt zu den allgemeinbildenden Schulen und Fachschulen. Präsentieren Sie sich dort als (Ausbildungs-)Betrieb. Nutzen Sie auch entsprechende (Ausbildungs-)Messen. Stellen Sie bei diesen Gelegenheiten heraus, was Ihr Ausbildungsangebot besonders attraktiv macht.

- > Was haben die Schüler davon, sich ausgerechnet in Ihrem Unternehmen zu bewerben?
- > Was bieten Sie, was Ihre Mitbewerber nicht oder nur bedingt bieten (können)?
- > Was macht Sie als Ausbildungsbetrieb einmalig?

Auf diese betriebspezifischen Vorzüge sollten Sie auf jeden Fall auch in Stellenanzeigen hinweisen. Vermeiden Sie jedoch ausführliche Beschreibungen. Diese gehören auf Ihre Internetseite. Hoch motivierte Ausbildungsplatzsuchende ziehen solche Medien allzu gern zu Rate. Vorausgesetzt, sie werden gepflegt und sind aktuell. Umgekehrt hinterlassen sie einen schalen Geschmack. Kontraproduktiv sind künftig auch Ausbildungsplatzangebote in der Rubrik „Kleinanzeigen“ zwischen „Hochzeitskarten druckt“ und „Reinigungskraft auf 400,- €-Basis gesucht“. Oder Ausbildungsplatzangebote, die auf einem DIN-A4-Blatt ge-

kritzelt sind und zwischen anderen Ankündigungen gequetscht im Schaufenster hängen. Damit können Sie vielleicht „Kaulquappen“ anlocken, aber keine „Goldfische“.

Bedenken Sie: der erste Kontakt erfolgt oft per Telefon. Fünfeinhalb Minuten Dudelmusik in der Warteschleife, dreimal weiterverbunden und Aussagen in der Qualität wie – „Hm, ja, Ausbildung mit Studium kombiniert, das bieten wir an, aber ob die Theoriephasen in Blöcken durchgeführt werden, da bin ich überfragt“ – sind kein guter Einstieg. Wie beim Kennenlernen von neuen Menschen überzeugt auch hier der erste Eindruck. Oder nicht. Wenn der Bewerber im Gespräch inkompetent behandelt wird, ist es dieser negative Eindruck, den er im Zusammenhang mit Ihrem Unternehmen in Erinnerung behält. Nicht die besten Voraussetzungen, um im „Rennen um die Besten“ zu punkten. Wer mit Gleichgültigkeit oder nur halbherzig seine Ausbildung präsentiert, erweckt nicht den Eindruck, in Organisation und Durchführung qualitativ mehr bieten zu können. Konsequenterweise landet ein solches Unternehmen im individuellen Unternehmensranking des potenziellen Bewerbers schnell auf den hintersten Plätzen und wird unter dem Stichwort „zur Not“ gespeichert.

Die Grundbedürfnisse der Auszubildenden

Wenn die Auswahl von Auszubildenden erfolgreich war, steht das Ausbilden im Vordergrund. Denn was nützen Ihnen die besten Bewerber, wenn anschließend keine qualifizierte Ausbildung erfolgt, weil an den Kosten für kompetente Ausbilder gespart wird. Das entspräche einer Tanzschule ohne Tanzlehrer. Das Ergebnis: Schmalspur-Mitarbeiter statt Top-Fachkräfte. Das spricht sich herum wie ein Lauffeuer. Ein K.-o.-Kriterium zur Gewinnung von talentierten jungen Menschen. Bitte denken Sie daran: Wer exzellente Nachwuchskräfte will, muss auch exzellente Ausbildungsbedingungen schaffen. Dazu gehören erstklassige Ausbilder, die sich für die Qualifizierung der Besten stark machen. Sie haben eine Schlüsselfunktion: Ihre Aufgabe ist es, die betrieblichen Rahmenbe-

dingungen so zu gestalten, dass sie zum psychischen Wohlbefinden beitragen. Nach Eric Berne, dem Begründer der Transaktionsanalyse, braucht der (junge) Mensch dafür drei Dinge: Struktur, Anerkennung und Stimulierung.

Das Bedürfnis nach Struktur

Auszubildende haben vom ersten Tag an ein stark ausgeprägtes Bedürfnis nach Struktur. Dieser Bedarf an Orientierung besteht in räumlicher („Wo ist die Toilette?“), zeitlicher („Wann darf ich auf die Toilette gehen?“), inhaltlicher („Was soll ich tun?“) und sozialer Hinsicht („Wer darf mir etwas sagen und wer nicht?“). Überlegen Sie sich, wie Sie diesen Orientierungsbedarf aufgreifen und beantworten, um die „Wechsel-Jahre“ junger Menschen im Übergang Schule-Beruf oder von Bereich zu Bereich zu erleichtern. Nur wenn es Ihnen gelingt, diese Unsicherheit vom Beginn der Ausbildung an zu reduzieren, können Sie mit der Lern- und Arbeitsbereitschaft der Auszubildenden rechnen. Die weitere Balance zwischen strukturierter und unstrukturierter Zeit, zwischen Muss und Muße trägt zum Erhalt der Lern- und Arbeitsbereitschaft bei.

Das Bedürfnis nach Anerkennung

Eric Berne betrachtet das ganze Leben als einen Austausch von Anerkennung. „Bekommt ein Kind oder ein Erwachsener zu wenig positive Zuwendung oder solche, die er nicht verwenden kann, wird er dafür sorgen (durch Verhalten-sauffälligkeiten), wenigstens negative Beachtung (Strafe) zu bekommen. Denn es ist besser, Negatives zu bekommen als Nichts: das Negative hilft zum Überleben, der Mangel führt zu lebensbedrohlichen Schwierigkeiten“ (Henning/Pelz 1999, S. 73). Diese Aussage verdeutlicht, welchen Stellenwert das In-Beziehung-treten im Rahmen der (Aus-)Bildung hat: (Aus-)Bildung ohne Beziehung ist wie eine Oper ohne Musik. Ein Ausbilder kann nur ausbilden, wenn er mit dem Auszubildenden in Kontakt, sprich in Beziehung ist. Hören Sie selbst, wie wichtig dieser Kontakt, der die Basis für die Anerkennung bildet, für Auszubildende ist: „Ich bin Auszubildender in der IT-Branche. Nach einiger Zeit hat

mir meine Arbeit keinen Spaß mehr gemacht, obwohl ich für die gesamte Technik verantwortlich war. Zwar habe ich alles gemacht, was mein Ausbilder mir sagte, aber ich hasste jeden Tag, an dem ich arbeiten musste. Die Wende kam, als mir mehrere Kollegen mitteilten, wie großartig es ist, was ich mache und schon alles kann. Da ist mir schlagartig klar geworden: Ich habe einfach Anerkennung vermisst.“ Ein Auszubildender benötigt den Ausbilder als Resonanzboden, was verschiedene Untersuchungen bestätigen. Dazu zwei Beispiele:

In der ersten Untersuchung, die im Herbst 2005 das Kölner Institut für angewandtes Wissen e.V. durchgeführt hat, wurden über 1.300 Auszubildende und gut 200 Personaler befragt, die überwiegend aus mittleren und großen Unternehmen kamen. Die Klagen aus den Unternehmen über die Bewerber und die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche von rund 25 Prozent hat das Institut veranlasst, die Initiative „Mitarbeiter 2010 – Welche Werte zählen?“ zu starten, um die Auszubildenden besser in die Arbeitswelt zu integrieren. Unter anderem wurden die Auszubildenden, die am Anfang ihrer Ausbildung standen, danach gefragt, welche Bedürfnisse und Erwartungen sie an ihre Ausbildung knüpfen. „Für wichtig und wünschenswert halten sie beispielsweise:

- > ein klares Feedback (88 Prozent),
- > Informationen über Abläufe und Umgangsformen (85 Prozent) sowie
- > Orientierungshilfen während der Ausbildungszeit (83 Prozent).

Der Wunsch nach Orientierung ist abhängig vom Bildungsstand der Auszubildenden. Je höher der Abschluss, desto weniger ist dieses Bedürfnis ausgeprägt“ (Döring-Katerkamp/Eisele 2006, S. 33). Ehemalige Auszubildende sollten berichten, welche Maßnahmen sie erfahren haben und wie sie deren Wirkung empfanden oder einschätzten. „So waren es vor allem Auszubildende, die sich ihrem Unternehmen zugehörig fühlen, die neben erhaltenen Orientierungshilfen auch zu 99 Prozent angaben, als Person anerkannt und respektiert zu werden. Auszubildende dieser Gruppe gaben auch deutlich häufiger an, dass sie rechtzeitig

über Änderungen im Unternehmen informiert werden und ihre Meinung angehört wird. In diesen Punkten gab es eine auffallende Diskrepanz zu den Auszubildenden, die sich nicht mit ihrem Unternehmen verbunden fühlten. Von diesen fühlen sich nur 37 Prozent als Person anerkannt und respektiert (Döring-Katerkamp/Eisele 2006, S. 33).

Diese Untersuchung korrespondiert mit der zweiten Umfrage: Worin besteht der Unterschied zwischen erfolgreichen und missglückten Einführungsprogrammen? Dieser Frage gingen die Autoren Kennedy und Berger nach. Dazu untersuchten sie amerikanische Einführungsprogramme. Simple Erkenntnis: Die erfolglosen Programme basieren auf Informationen, die erfolgreichen auf Emotionen. Was heißt das? Die Autoren fanden heraus, dass Informationen, die eigentlich als Orientierung gedacht waren, durch ihre Fülle und Komprimierung auf kürzeste Zeit selbst zum Stressfaktor werden. Hinzu kommt, dass Neueinsteiger prinzipiell kein kognitives Defizit haben, sondern ein affektives: Sie fühlen sich gestresst, von den anderen noch nicht akzeptiert, unsicher und in solchen Situationen vielfach überfordert. In dieser Situation wirken zu viele Informationen Stress verschärfend. Vor diesem Hintergrund stellen die beiden Autoren fest: Das wichtigste Ziel einer erfolgreichen Einführung ist nicht zu informieren, sondern die Verunsicherung zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen sie mehrere Punkte, die ein erfolgreiches Programm bieten sollte (s. Kasten: 8 Tipps für erfolgreiche Einführungsprogramme).

8 Tipps für erfolgreiche Einführungsprogramme

- > Willkommen.
- > Wir haben Sie erwartet.
- > Wir schätzen Sie, deshalb haben wir uns für Sie entschieden.
- > Wir wissen, dass Sie nervös sind, das ist völlig normal.
- > Wir können uns vorstellen, dass Sie eine Menge Fragen an uns haben.
- > Wir sind dazu da, Ihre Fragen zu beantworten.
- > Wir werden Sie dabei unterstützen, ein Netzwerk zu entwickeln, damit

Sie erfahren, wie die Dinge bei uns laufen.

- > Wir werden unser Möglichstes tun, damit Sie das erreichen, was Sie bei uns erreichen wollen (vgl. o. V. 1996, S. 20).

Im Programmdesign kommt das Ziel klar zum Ausdruck: Stressreduktion ist das vorrangige Ziel. Informationen werden erst gegeben, wenn sie gebraucht werden. Statt stundenlange Info-Veranstaltungen durchzuführen, wird die emotionale Situation der Neulinge thematisiert. Dass das auch für die Berufsausbildung gilt, schreiben die Autoren Geißler und Wittwer: „Es geht am Beginn der Ausbildung (...) nicht darum, den Neuen alle Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten des Betriebes nahe zu bringen. In dieser Anfangssituation können die Auszubildenden weder die Personen sinnvoll ein- und zuordnen noch die Funktionen und Kompetenzen gegeneinander abgrenzen. (...) Erst wenn die Auszubildenden sich ‚zugehörig‘ fühlen, wenn sie ihren räumlichen und sozialen Ort im differenzierten Gefüge des Ausbildungsbetriebes gefunden haben, erst dann sind sie auch fähig, sich für die Ziele der Ausbildung einzusetzen“ (GEIßLER/WITTWER 1987, S. 37 u. 40). Eine gelungene Integration und ein konstruktives Miteinander basieren auf einem Wechsel zwischen sachlicher Orientierung und der Vermittlung von Wertschätzung für die Person des Auszubildenden.

Das Bedürfnis nach Stimulierung

„Boh – wat langweilig.“ Unter diesem Titel berichtete der Fernsehunterhalter Hans-Peter Kerkeling, kurz Hape genannt, in den 1980er-Jahren über den langweiligen Besuch bei seiner Oma und beschrieb damit humorvoll das dritte menschliche Bedürfnis: der Wunsch nach anregenden und aufregenden Sinnesreizen. Die Arbeitsplatzgestaltung und der Arbeitsinhalt tragen ganz erheblich dazu bei, das Bedürfnis nach Anregung, Aufregung und Spannung zu befriedigen, oder nicht. Auszubildende, die beispielsweise für drei Monate in der Postabteilung eines Unternehmens eingesetzt werden und nach zwei Stunden

ihre Tagesarbeit geschafft haben, reagieren vielfach wie Hape Kerkeling: „Boh – wat langweilig – haste noch ’n Rätselheft?“ In solchen Situationen neigt mancher Auszubildende dazu, sich am Montagmorgen wie Robinson-Crusoe zu verhalten: Er wartet auf Freitag. Wenn das Bedürfnis nach Stimulation unbefriedigt bleibt, dann suchen Auszubildende eine Ersatzbefriedigung, wie sie zum Beispiel in Symptomen von stundenlangem Surfen im Internet, privater Telefonitis, Klönen und Mosern sichtbar werden. Aber nicht jede Recherche im Internet oder jedes Telefonat ist automatisch eine Ersatzbefriedigung. Um die Handlung einschätzen zu können, lauten die Fragen: Welche Funktion hat das Surfen oder Telefonieren im Ausbildungsalltag des Auszubildenden? Dient es der Erledigung von Arbeitsaufgaben oder hat es eine kompensatorische Funktion?

Bei Ungereimtheiten, Problemen oder Konflikten in der Ausbildung stellen Sie sich analog zu den drei Grundbedürfnissen des Menschen folgende drei Fragen:

- > Passt die Struktur zum Auszubildenden?
- > Erhält der Auszubildende ausreichend Anerkennung?
- > Sorgen die Aufgaben für angemessene Stimulierung?

Können Sie alle drei Fragen eindeutig mit „Ja“ beantworten? Herzlichen Glückwunsch. Die Fragen, die Sie mit Nein beantworten, bieten Ihnen einen Ansatzpunkt, um der Sache auf den Grund zu gehen (s. dazu auch Checkliste „Struktur, Anerkennung und Stimulierung“).

Unternehmerische Weitsicht ist gefordert

In den kommenden Jahren werden viele Unternehmer durch den demografischen Wandel extrem gefordert sein – mehr, als mancher sich momentan eingestehen mag. Im Vorteil sind die, die dann ausbilden. Um Längen voraus sind allerdings die, die schon heute ausbilden. Was bei rechtzeitigem Beginn ohne große Härten möglich ist, wird in einigen Jahren zum Kraftakt. Denn jede Ernte beginnt mit der Saat. Und wer in einigen Jahren

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Aus DBV-Winterthur wird jetzt die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Im Schuldienst geben Sie täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit über 135 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Ct. je angefangene Minute (Deutsche Telekom AG), ggf. abw. Mobilfunktarif



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

die Früchte ernten möchte, ist gut beraten, heute zu säen. Wer jetzt noch zögert, ab sofort mit vollem Einsatz das Image eines attraktiven Ausbildungsbetriebes zu entwickeln und auszubauen, droht bei diesem Ritt auf der Rasierklinge abzustürzen. Sie werden bald die Zeiten vermissen, wo sie darüber gestöhnt haben, wie schwierig es ist, aus zahlreichen Bewerbungen den Richtigen zu finden. Im Wettbewerb gibt es keine Auszeit. Der Countdown läuft. Gerade zur Gewinnung von talentierten Mitarbeitern ist es immer wichtiger, den Mitbewerbern zuvorzukommen, indem die Talente so früh wie möglich ins Unternehmen geholt werden, und zwar bevor es einen akuten Bedarf gibt. Wer stattdessen weiterhin darüber klagt, dass er am Abgrund steht, weil ihm geeignetes Personal fehlt und trotzdem nichts unternimmt, darf sich nicht wundern, wenn er morgen einen Schritt weiter ist.

Literatur:
 Buckert, A./Kluge, M.: Keine Azubis – keine Zukunft! Warum wir in Zeiten des demografischen Wandels die Ausbildung neu denken müssen, Konstanz 2007
 Döring-Katerkamp, U./Eisele, D.: Jugendliche und Arbeit – zwei Welten treffen aufeinander. Personalwirtschaft. Magazin für Human Resources, 03/2006
 Geißler, K./Wittwer, W.: Die Neuen kommen ... Lernfeld Betrieb, H. 6/1987
 Hennig, G./Pelz, G.: Transaktionsanalyse. Lehrbuch für Therapie und Beratung, 2. Auflage, Freiburg im Breisgau 1999
 Zedler, R.: Der „Schwarze Peter“ für Deutschland. Personalwirtschaft. Magazin für Human Resources, 05/2006
 Ohne Autorenangabe: Friss oder stirb. Was erschreckt Newcomer an Ihrem Unternehmen? Personal Potential, H. 3/1996

Checkliste: Struktur, Anerkennung und Stimulierung

Leitfragen	Ja	Nein
Maßnahmen, um das Bedürfnis nach Struktur zu berücksichtigen		
Stehen strukturierte und unstrukturierte Zeit (z.B. Arbeitspausen, Zeit der kreativen Ruhe) in einem ausgewogenen Verhältnis?		
Wird der Auszubildende rechtzeitig und umfassend informiert (z. B. über das Beurteilungssystem)?		
Weiß der Auszubildende, welches Verhalten im Betrieb erwartet wird, welche Anforderungen und Erwartungen gestellt werden?		
Wird der Auszubildende frühzeitig über betriebsspezifische Regeln und Normen informiert, um das System für ihn transparent zu machen?		
Wird der Auszubildende rechtzeitig über geplante Änderungen und Vorgänge informiert?		
Maßnahmen, um das Bedürfnis nach Beziehung und Anerkennung zu berücksichtigen		
Gibt es für den Auszubildenden einen kontinuierlichen Ansprechpartner, mit dem er auch Persönliches (Probleme mit Kollegen, Geld, Familie) besprechen kann?		
Hat der Auszubildende genügend Gelegenheit, mit Kollegen, Kunden und Vorgesetzten in Kontakt zu treten?		
Hat der Auszubildende ausreichende Möglichkeiten, an Besprechungen, Team-Meetings und/oder Konferenzen teilzunehmen?		
Erfolgen regelmäßige Leistungsbeurteilungen mit Feedbackgesprächen?		
Erhält der Auszubildende deutliche Anerkennung bei (Teil-)Leistungen und beim Erkennen des guten Willens (unabhängig vom Ergebnis)?		
Maßnahmen, um das Bedürfnis nach Stimulierung zu berücksichtigen		
Findet der Auszubildende einen stimulierenden und abwechslungsreichen Arbeitsbereich vor?		
Hat der Auszubildende die Chance, an interessanten (Teil-)Projekten mitzuwirken?		
Wird der Auszubildende ermutigt, nach Problemlösungen und Verbesserungsvorschlägen zu suchen?		
Wird der Auszubildende an der Planung von Ausbildungsprozessen beteiligt?		
Wird der Auszubildende überfordert (ein Zuviel an Stimulation)?		
Wird der Auszubildende unterfordert (ein Zuwenig an Stimulation)?		

Landesverband

Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Schulalltag hat uns schon wieder voll im Griff, die Imponderabilien des Schulbeginns an beruflichen Schulen erfordern von uns allen tagtäglich Flexibilität und Entscheidungsfreude. Wir wünschen Ihnen, mit Ihren Schülerinnen und Schülern gemeinsam die Herausforderungen des Schuljahres 2009/2010 erfolgreich zu bewältigen.

Die Bundestagswahl hat in Berlin klare politische Mehrheitsverhältnisse gebracht. Wenn der Pulverdampf des Wahlkampfes verraucht ist, wird sich herausstellen, welche Belastungen konkret auf uns zukommen. Tatsache ist, dass jetzt in Bayern eine längere „wahlkampffreie“ Phase vor uns liegt. Das bietet die Chance, anstehende Probleme, verbesserungsfähige Strukturen und potenzielle Weiterentwicklungen im beruflichen Schulwesen in aller Ruhe, Gelassenheit und Offenheit zu diskutieren.

Reform der Schulaufsicht

Im Rahmen des Parlamentarischen Abends mit Vertretern der CSU-Landtagsfraktion wurde deutlich, dass eine Reform der Schulaufsicht auf der Agenda der bayerischen Staatsregierung steht. Da könnte man versucht sein, einfach kurzfristig System-A gegen System-B auszutauschen. Sozusagen ausschließlich die „Überschrift“ zu ändern. Genau

das liegt aber nicht im Sinne des VLB. Wenn man Schulaufsicht nicht im Sinne von Überwachung der Einhaltung formalistischer Vorgaben sieht, sondern als Bestandteil einer zukunftsorientierten Schulentwicklung definiert, dann ist es nicht damit getan, Begriffe auszuwechseln und den „alten Wein in neue Schläuche zu füllen“.

Nach Meinung des GV müsste die „neue Schulaufsicht“ primär folgende Kriterien erfüllen.

- > Die Bedeutung unserer differenzierten Schularten innerhalb des bayerischen Bildungssystems stärken und fördern.
- > Die Profile unserer Schularten müssen erkennbar bleiben.
- > Sie muss einen Beitrag leisten zur Qualitätssicherung.
- > Im Vordergrund muss die Beratungsfunktion für die Schulen stehen
- > Sie muss zur Verwaltungsvereinfachung führen.
- > Sie muss mit den erforderlichen Kompetenzen, Personen und Ressourcen ausgestattet sein.
- > Sie darf nicht als „Steinbruch“ für Sparmaßnahme herangezogen werden.

Zugegebenermaßen sind das nicht einfach umzusetzende Kriterien. Diese Liste erhebt auch keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen mischen Sie sich ein, beteiligen Sie sich an einer konstruktiven Diskussion über die Ausgestaltung einer zukunftsorientierten Schulaufsicht. Schreiben Sie uns Ihre Meinung, diskutieren Sie in den Kreis- und Bezirksverbänden.

Kooperation kostet viel Zeit

Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle betont in nahezu jeder Rede die Wichtigkeit und Bedeutung der Kooperation von beruflichen und allgemein bildenden Schulen. Insbesondere in seinem Konzept zur Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule wird die Kooperation der beruflichen Schu-

len eingefordert. In einer Pressemeldung vom 30. Juni 2009 heißt es: „Es ist das Ziel des Kultusministers, künftig die Hauptschulen flächendeckend einzelnen oder in Schulverbänden zu Mittelschulen weiterzuentwickeln“.

Damit ist die Richtung eindeutig formuliert. Es geht nicht nur um punktuelle Kooperation in besonderen Fällen, sondern um den künftigen Normalfall, flächendeckende Kooperation ist angesagt. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werden ja Kooperationsmodelle zwischen Berufsschulen und Hauptschulen gepflegt. Um es klar zu sagen: Berufsentwertung von Hauptschülern ist positiv und wird vom VLB unterstützt.

Sicherlich ist die Intensität der Zusammenarbeit in den einzelnen Regierungsbezirken unterschiedlich ausgeprägt. Dort, wo sie gepflegt wird, hat sich sehr schnell und deutlich herauskristallisiert, dass Kooperation, wenn sie nicht aus dem „Bauch heraus“ gemacht wird, Zeit kostet, und zwar in erheblichem Umfang.

Der zeitliche Aufwand beginnt bei der Konzeption, setzt sich fort bei der Vorbereitung und Nachbereitung und beinhaltet nicht selten zusätzliche Fahrzeiten. Die vom Ministerium propagierte Idee des Lehreraustausches zwischen den Schularten lässt sich nach unserer Erfahrung nur in sehr begrenztem Umfang realisieren. Die Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind in aller Regel hochspezialisierte Fachleute, die sich über Jahre hinweg in sehr spezielle Berufsbereiche eingearbeitet haben. Beides ist bei uns eine absolute Notwendigkeit.

Nun kann man einwenden, die Lehrkräfte von allgemein bildenden Schulen können aber zumindest Deutsch, Sozialkunde und Fremdsprachen bei uns unterrichten. Wenn wir unserem eigenem Anspruch an berufliche Schulen auch künftig gerecht werden wollen, dann können sie es eben nicht. Nicht weil sie schlechte Lehrkräfte wären, natürlich nicht, sondern weil ihnen der betriebliche Hintergrund ebenso fehlt wie der Bezug zur jeweiligen Branche.

Unser „Kerngeschäft“ und unsere „Kernkompetenz“ ist die berufliche Bildung. Wenn wir verstärkt kooperieren sollen mit allgemein bildenden Schulen, dann brauchen wir dafür Zeit. Das beinhaltet einerseits die Forderung nach zeitlicher Entlastung der involvierten Lehrkräfte an beruflichen Schulen und andererseits die Forderung nach zusätzlichen Lehrkräften für berufliche Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, auch nach den Wahlen geht das Ringen um bildungspolitische Ziele und deren Umsetzung weiter. In diesem Sinne alles Gute und ein herzliches Dankeschön für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

Ihr



Alexander Liebe

Rechtsschutz im VLB

Ein wesentlicher Vorteil der Mitgliedschaft im VLB ist die kostenlose Beratung in beruflichen Rechtsangelegenheiten und die Gewährung von Verfahrensrechtsschutz.

Mit insgesamt fünf Dienstleistungszentren, die flächendeckend über das ganze Bundesgebiet verstreut sind, unterhält der Deutsche Beamtenbund (dbb) als unser Dachverband ein juristisches Serviceangebot mit erfahrenen Juristen.

Was muss ich tun, um Rechtsschutz zu erhalten?

Als erstes müssen Sie mit dem VLB Kontakt aufnehmen.

Von uns erhalten Sie einen Rechtsschutzantrag, den Sie mit Ihren persönlichen Daten versehen. Gleichzeitig werden wir Sie um eine kurze schriftliche Stellungnahme hinsichtlich Ihres Rechtsschutzbegehrens bitten. Sämtliche Schriftstücke, die damit im Zusammenhang stehen legen Sie in Kopie bei. Das so gesammelte Material muss von uns über den Bayerischen Beamtenbund an das Dienstleistungszentrum Süd eingereicht werden. Hier erfolgt die weitere rechtliche Bearbeitung.

Für den Fall eines drohenden Fristablaufs (wenn etwa ein Verwaltungsakt mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen war) sollten Sie **unmittelbar** reagieren und Kontakt mit der VLB-Geschäftsstelle aufnehmen. In einem derartigen Fall muss selbstverständlich schnell gehandelt werden, um dem drohenden Fristablauf zu begegnen.

Bitte **beachten** Sie, dass der VLB grundsätzlich nicht die Kosten eines bereits von Ihnen mit Ihrer Rechtsangelegenheit beauftragten Anwaltes übernimmt.

Wenden Sie sich immer zuerst an den VLB!

Kontakt:

Rudi Keil, Referent für Dienstrecht: Telefon (0 87 56) 96 97 95 oder hpr@vlb-bayern.de
VLB-Geschäftsstelle: Telefon (0 89) 5 95 270 oder info@vlb-bayern.de (Frau Andrea Götzke)

Einladung zur kaufmännischen Fachtagung 2009

Lieber Kollegin, lieber Kollege,

wir laden Sie herzlich ein zu unserer traditionellen Fachtagung, dem Treffpunkt der Lehrkräfte an den kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern. Wir hoffen, Ihnen auch in diesem Jahr ein interessantes Programm bieten zu können! Die Veranstaltung findet statt

**am Samstag, 24. Oktober 2009,
ab 9:00 Uhr bis ca.15:30 Uhr
in Staatliches Berufliches Schulzentrum Amberg,
Raigeringer Straße 27, 92224 Amberg**

Einzelheiten zu unserer Fachtagung finden Sie nachstehend bzw. aktualisiert bei www.vlb-bayern.de. Wir freuen uns mit Ihnen auf eine interessante Veranstaltung und anregende Gespräche!

Programm

- Ab 09:00 Uhr** Beginn der Lehr- und Lernmittelausstellung
- 10:00 Uhr** **Hauptveranstaltung**

Grußworte/Begrüßung
Sophia Altenthan, Bezirksvorsitzende VLB-Oberpfalz

Wolfgang Dandorfer, Oberbürgermeister der Stadt Amberg

Jürgen Wunderlich, VLB-Landesvorsitzender
- 10:30 Uhr** **„Veränderungen und Entwicklungstendenzen im beruflichen Schulwesen“**

Ministerialdirigent German Denneborg
Leiter der Abteilung VII des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Diskussion mit MDir German Denneborg
- 12:00 Uhr** **Mittagspause/Lernmittelausstellung**
- 13:00 Uhr – 15:00 Uhr** **Arbeitskreise,**
siehe gesonderte Übersicht
- 15:10 Uhr** **Gemeinsamer Ausklang in der Aula**
Alexander Liebel
Stellv. Landesvorsitzender des VLB
- Ca. 15:30** **Ende der Veranstaltung**

Arbeitskreise

Büroberufe Raum 111

Paul Beetz / Dr. Walter Radomsky
IHK-Prüfungsaufgaben Informationsverarbeitung Büroberufe
Fachdiskussion mit einem Vertreter des AKA-Prüfungsausschusses, der zuständig ist für die Erstellung der Prüfungsaufgaben (Referent wird noch benannt). Erfahrungsaustausch der Lehrkräfte in den Büroberufen

Dienst-, Tarif-, und Versorgungsrecht Raum 112

Rudolf Keil / Wolfgang Lambi / Walter Faulhaber
Dienstrechtsreform: „Wo geht die Reise hin?“
> Besoldungs- und Versorgungsanpassungen
> Entwurf Leistungslaufbahn (LbV)
> Entwurf eines Gesetzes zum Neuen Dienstrecht in Bayern (BayDienstRG)

TV-L/TVöD: „Eingruppierungs- und Einstufungsgrundlagen“

- > Tarifabschlüsse TV-L bzw. TVöD
- > Eingruppierungs- und Einstufungsrichtlinien
- > Anrechenbare und förderliche Zeiten

Finanzberufe Raum 113

Werner Kiese
Unterrichten in Bankfachklassen
> Abschlussprüfungen – wie geht es weiter?
> Neuordnung des Ausbildungsberufes „Bankkaufmann/Bankkauffrau“ – welche Lerninhalte gehören zu einer aktuellen und zeitgerechten Berufsschulbildung
> Interessantes von der Tagung der Schulleiter/innen von Berufsschulen mit Bankfachklassen im Juni 2009 in Berlin
> Erfahrungsaustausch zu aktuellen Fachinhalten

FOS / BOS Raum 235

Heinz N. Bayerlein
Ausgewählte Unterrichtsbeispiele zum neuen Lehrplan in Wirtschaftsinformatik mit Schwerpunkt Datenbank
Oberstufengemäße Analyse, Entwurf und Implementierung von Anwendungssystemen als Hands-on Workshop

REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH		
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Anmeldung wegen Flugplatzreservierung erbeten bis 2 Monate vor Reisebeginn		
Termine	Reisen 2009/2010	Preis VLB ab
27.12.09 bis 04.01.10	IM HERZEN INDIENS: Lufthansa ab MUC: Delhi, Taj Mahal, Jhansi, Orcha, Varanasi, Übernachtung mit HP in guten Hotels	1.548,00
25.12.09 bis 05.01.10	SÜDINDIEN: Emirates ab MUC/FRA: Madras, Tanjore, Madurai, Backwaters, Cochin, Übernachtung mit HP in guten Hotels	1.948,00
25.12.09 bis 08.01.10	ÄTHIOPIEN: Ethiopian Airlines ab FRA: Addis Abeba, Yirgalem, Gondar, Axum, Lalibela, Übernachtungen meist VP, Inlandsflüge	2.698,00
27.12.09 bis 03.01.10	MADEIRA TAP ab MUC/FRA: 4 Sterne Hotel mit Meerblick, Halbpension, 4 x Mittagessen, Silvestergala-Dinner mit Feuerwerk	1.148,00
30.12.09 bis 06.01.10	JORDANIEN: Royal Jordanian ab MUC: Amman, Jerash, Totes Meer, Berg Nebo, Madaba, Dana, 3 Nächte in Petra, Wadi Rum, Übernachtungen in guten Hotels, Halbpension, Rundreise im Bus, alle Transfer, Eintritte und Fluggebühren	1.298,00
29.12.09 bis 05.01.10	ISRAEL: Lufthansa ab MUC: Tel Aviv, Galiläa: Haifa, Kibbutz, Nazareth, See Genezareth, Jerusalem, Bethlehem, Totes Meer mit 20.02.10 bis 27.02.10 Qumran und Massada, Übernachtung mit HP in guten Hotels, Reiseleitung, alle Fluggebühren inkl.	1.198,00 1.298,00
28.12.09 bis 04.01.10	OMAN: Etihad ab MUC: Muskat, Sur, Wadi Bani Khalid, Ibra, Manah, Nizwa, Jebel Shams, Wadi Guhl, Bil ad Sayt, Nakhl, 12.02.10 bis 19.02.10 Übernachtung in guten Hotels, Halbpension, Rundreise in Jeeps, alle Transfers, Eintritte und Fluggebühren	1.598,00
26.03.10 bis 10.04.10	NORDTHAILAND-LAOS-BANGKOK: Thai Airways ab MUC: Chiang Rai, Mekong-Fluss, Luang Prabang, Phonasavan, Vang Vieng, Vientiane, Übernachtungen mit HP/VP in guten Hotels, Verlängerung 10. – 18.04.: Ayutthaya und Khao Lak ab 570,00	2.348,00
28.03.10 bis 10.04.10	COSTA RICA: Iberia ab MUC und FRA: San Jose, Cartago, Nationalparks, Irazu Vulkan, Tortuguero, Arenal Vulkan Monteverde, 23.05.10 bis 04.06.10 Rincon de la Vieja, allinclusiv Badeaufenthalt an der Playa Langosta, Übernachtung mit HP in guten Hotels	2.298,00 1.998,00
27.03.10 bis 10.04.10	JORDANIEN-SYRIEN: Royal Jordanian ab MUC: Amman, Madaba, Bethanien, Petra, Wadi Rum, Totes Meer, Damaskus, 22.05.10 bis 05.06.10 Palmyra, Krak des Chevaliers, Tartus, Ugarit, Ebla, Aleppo, Apameia, Bosra, Jerash, Übernachtungen mit HP in guten Hotels	1.998,00
SYLVESTER 09/10: Emirate 7 Tg. FASCHING 10: Indien-Rajasthan 9 Tg. OSTERN 10: Japan 14 Tg. Griechenland-Peloponnes 8 Tg mit Evangelos Plexidas, Israel 8 Tg. Jordanien 8 Tg. Nordindien-Sikkim-Bhutan 16 Tg. Kuba 14 Tg. Usbekistan 11 Tg. PFINGSTEN 10: Namibia 15 Tg. Westkykladen mit Santorin, Kuba 14 Tg. Usbekistan 11 Tg. Jordanien 8 Tg. SOMMER 10: Namibia-Botswana-Capri-Victoriafälle 17 Tg. Island 8 Tg. Peru 15 Tg. Norwegen 8 Tg. Baltikum 9 Tg.		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de		

Gesundheitsberufe Raum 212

Wolfgang Lamprecht / MR Georg Hirner (angefragt) / ORRin Christine Hefer (angefragt)

Fachlehrerbildung in den Gesundheitsberufen

Die Fachlehrerausbildung für die Pflegeschulen wurden durch den Bundesgesetzgeber in die Fachhochschulen verlegt. Ist es notwendig, für diese Absolventen einen Vorbereitungsdienst vorzusehen? Wie wird die Fachlehrerausbildung für die übrigen Schulen des Gesundheitswesens gestaltet?

Gesundheit Raum 213

Guðrun Schletter-Bablick
Erfahrungsaustausch über die neue Abschlussprüfung MFA/TFA

Handelsberufe Raum 137

Gerhard Hacker / Bernhard Kleierl
Die Umsetzung von Lernsituationen mit der Internetplattform von „teamlern.de“
Das berufliche Schulzentrum Amberg ist die zentrale Anlaufstelle für eine Internetplattform, die in der Oberpfalz und darüber hinaus Lernsituationen für den Großhandel und seit einiger Zeit auch für den Einzelhandel entwickelt, sammelt und verbreitet

Junge Pädagogen Raum 125

Jürgen Krotter / Katrin Fuchs
Dienstanfänger fragen – Junglehrer antworten
Sorgen und Nöte der Dienstanfänger sollen zur Sprache kommen und wenn möglich Lösungen erarbeitet werden

Referendare Raum 126

Tobias Knechtel, Christian Kustner
Diskussion zu referendariatsbezogenen Themen

Senioren Raum 127

Berthold Schulte
Aktuelles zum Versorgungsrecht und zur Beihilfe für Versorgungsempfänger
> Versorgung: Neueste Entwicklungen; Auswirkungen der Rentenbesteuerung; Anrechnung von Renten, Erwerbseinkommen auf

Pensionen; Freistellung von sozialversicherungspflichtigen Versorgungsempfängern.
> Beihilfe: Entwicklungen. Praktische Fälle. Beantwortung von Fragen.
Probleme, deren Lösung bzw. Beantwortung eine Vorbereitung erfordern, bitte schriftlich oder telefonisch bis 11.10.2009 an den Arbeitskreisleiter Berthold Schulte.

Sport Sporthalle

Dr. Thomas Oschmann
Gesundheitsorientierter Sportunterricht
> dargestellt an einer Ballart
> Konzept der Salutogenese
> alternative Übungs- und Spielformen
> Differenzierungsmöglichkeiten/notwendigkeiten
> Unterschiede zum „Training“

Wirtschaftsschule Raum 117

Dietrich Weidinger
Aktuelles zu Wirtschaftsschulen
> Wirtschaftsschulordnung (WSO) vom 01.08.2009, Erfahrungsaustausch

- > Ganztagesbetreuung
- > Englisch-Zertifikat für Wirtschaftsschüler
- > Wirtschaftsschüler im Dualen System, Statistik des letzten Schuljahres
- > Unterstützung der Wirtschaftsschulen durch die Mittelstandsunion, Bericht
- > Kooperation zwischen Wirtschaftsschule und Hauptschule?

Textverarbeitung Raum 133

Sonja Hack / Bernadette Wiedenmann / Frau Nache
Layout und Gestaltung im Hinblick auf den neuen Lehrplan für Textverarbeitung an Wirtschaftsschulen
Beurteilung und Bewertung von Layout-Aufgaben mit der Zielsetzung, eine ansprechende und ausgewogene Aufgabe unter Berücksichtigung von Layout-Gesichtspunkten, typografischen Grundsätzen und den Empfehlungen der Farben- und Formenlehre, zu erstellen.

Kreisverbände

KV Würzburg

„Mit Musik Leben retten“

Benefizkonzert der Staatlichen Berufsschule Kitzingen-Ochsenfurt:

Unser Beitrag zum DKMS-Projekt „Leben spenden macht Schule“.
Jährlich erkranken mehr als 10.000 Personen in Deutschland an Leukämie und verlieren oft den Kampf gegen diese heimtückische Krankheit, weil medizinische Hilfe (Knochenmarktransplantation) nicht rechtzeitig oder gar nicht möglich ist. Die hierfür erforderliche Knochenmarkspende lässt sich dagegen unproblematisch und ohne großen medizinischen Aufwand durchführen (Typisierung).
Deshalb ist es umso wichtiger, die Möglichkeit zu nutzen, um betroffene



Menschen zu unterstützen, damit das Schlimmste vermieden und Leben gerettet wird. Gerade weil die Hilfe für unseren Lehrerkollegen Peter Müller zu spät kam, sollten wir ein Zeichen setzen, um Hilfe zu leisten. Sich für den Schutz menschlichen Lebens zu engagieren, demonstriert Mitmenschlichkeit in christlicher Verantwortung, weil es letztlich auch jeden von uns treffen kann.
Die DKMS – Deutsche Knochenmarkspenderdatei – setzt sich hierfür im Rahmen von Schulprojekten seit meh-

renen Jahren erfolgreich ein. Aus diesem Grund entstand in der Fachgruppe Religion die Idee, durch ein Benefizkonzert das Projekt „Leben spenden macht Schule“ unmittelbar zu unterstützen. „Leben spenden macht Schule“ ist eine gemeinsame Aktion von Schülern, Lehrern und auch Eltern. Das Gefühl, vielen Patienten die Chance auf ein neues Leben zu geben, verbindet, stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und fördert eine positive Atmosphäre an der Schule. Das tut allen gut – insbesondere in der heutigen Zeit!
www.dkms.de

Konzertdaten:
Freitag, 13. November 2009, 19:30 Uhr
Reinerlös zu Gunsten der Deutschen Knochenmarkspenderdatei – DKMS
Veranstaltungsort:
Foyer der Staatlichen Berufsschule Kitzingen
Thomas-Ehemann-Straße 13 b
97318 Kitzingen
Nähe: Bahnhof Kitzingen

KV Oberbayern Nordwest und Südwest

Sommertreffen der Kontaktlehrer



Kontaktlehrer mit Andra Goetzke (vierte von rechts) von der Geschäftsstelle des VLB.

Neuaufgaben 2009 für Industriefachklassen !

 Hartmann Gesamtwirtschaftliche Aspekte – Industrie 5. Auflage 2009 428 Seiten 24,00€ ■ ISBN 978-3-8120-0522-7 Lösungen 8,00 € ■ ISBN 978-3-8120-3522-4	 Waltermann Speth Sailer Kaufmännische Steuerung und Kontrolle – Industrie 6. Auflage 2009 560 Seiten 31,00 € ■ ISBN 978-3-8120-0521-0 Lösungen mit Daten-CD 26,00 € ■ ISBN 978-3-8120-3521-7	 Speth Hug Sailer u. a. Betriebswirtschaftliche Geschäftsprozesse – Industrie 6. Auflage 2009 653 Seiten 37,80 € ■ ISBN 978-3-8120-0523-4 Lösungen mit Daten-CD 26,00 € ■ ISBN 978-3-8120-3523-1	 Groh Schröer Sicher zur Industriekaufmann zum Industriekaufmann 46. Auflage 2009 748 Seiten 33,00 € ■ ISBN 978-3-8120-0420-6
---	---	--	---

31735 Rinteln
Fon: 05751 9503-23 Fax: 05751 9503-44
Net: www.merkur-verlag.de

tiert. Hauptpersonalrat Rudolf Keil stellte das Kooperationsmodell WS - HS vor, was zu erheblichen Gesprächsbedarf unter den Teilnehmern führte. Bezirkspersonalrat Hans Sommerer berichtete vom Parlamentarischen Abend mit der CSU – Landtagsfraktion zum Thema Lehrbelastung und Lehrergesundheit. Horst Grünewald

berichtete von einer gelungenen Veranstaltung mit dem Dozenten und Buchautor Eric Händeler in Ingolstadt und stellte Maßnahmen zur Verbesserung der Kontaktlehrertätigkeit dar. Außerdem wies er auf zwei Veranstaltungen hin: Deutscher Berufsschultag am 13. Und 14. November in Bamberg. Der VLB Oberbayern fährt

am Freitagmorgen mit einem Bus nach Bamberg. Dienstbefreiung ist beim KM beantragt. Am 5. Dezember veranstalten die beiden Kreisverbände ein Kommunikations- und Kniggeseminar „Mit Stil zum Ziel“ in München. *Horst Grünewald*

Fachgruppen

Fachgruppe Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

An alle JoA-Lehrkräfte

Einladung zur Fachtagung

Termin: Samstag, den 21. November 2009, 10.00 – 15.30 Uhr
Ort: Berufliches Schulzentrum Neusäß, Landrat-Dr.-Frey-Str. 2

Programm

10.00 Uhr Begrüßung

Hermann Furthmeier:

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz – eine systemische Betrachtung
Jugendliche ohne Ausbildungsplatz im System des (beruflichen) Schulwesens in Bayern – die Sichtweise des Kultusministeriums

Qualität im Unterricht mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz – Möglichkeiten und Grenzen aus der Perspektive der unterrichtenden Lehrkräfte

12.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr Der VLB als Ständesvertretung für JoA-Lehrkräfte:
Erarbeitung von Positionspapier und Forderungskatalog in Arbeitsgruppen

15.00 Uhr Zusammenstellung der Ergebnisse

15.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Chance zu Austausch und Positionierung zum „Fehler im System“ nützen würden. *gez. Barbara Dilberowic*

Bitte melden Sie sich umgehend telefonisch oder per E-Mail an!

(Barbara Dilberowic, Telefon: 0171/1253308 E-Mail: b.dilberowic@t-online.de)

Bei Anreise am Vortag sind Übernachtungen im Neusässer Hof garni, Hauptstraße 7a, 86356 Neusäß möglich. Tel. 0821/20791-0, Fax: 0821/468362. Anfallende Kosten können bei VLB-Mitgliedern von den Bezirksverbänden des VLB bezuschusst werden.

Senioren

BV-Niederbayern

Niederbayerns Senioren im hochzeitlich geschmückten Landshut

Die ganze Stadt eine lebendige festliche Bühne mit Fahnen, Fähnchen, den Zuschauertribünen ... Landshuts Altstadt hatte sich heuer wieder einmal geschmückt und war Theaterraum für das Spiel der fürstlichen Hochzeit von 1475. Das war der äußere Rahmen, der die niederbayerischen Senioren empfing und das an einem immer strahlender werden Sommertag. Die Gruppe der gut 30 Teilnehmer war im Weißen Bräuhaus am Narrenbrunnen in der Altstadt gut aufgehoben und bewirtet.

Der Seniorenvertreter Niederbayerns, Kollege Kern, konnte gut 30 Teilnehmer aus der Kollegenschaft bzw. deren Lebenspartner begrüßen und als Gast Kollegen Berthold Schuler, den Seniorenvertreter des Landesverbandes. Dieser informierte über Eckdaten und Aktuelles aus Beamten- und Versorgungsrecht sowie dessen Schutz durch die Rechtsprechung.

Nach dem Mittagessen gab Kollege Heinz Langer aus seinem umfangreichen Wissens- und Erlebnisschatz als langjähriger Mitorganisator und Mitspieler bei der Fürstenhochzeit Einblick in Interessantes und Amüsantes rund um dieses Historienspiel von europäischem Rang.

Kollegin Gertrud Kerner zeigte ergänzend ein besticktes Musterteil eines Tanzkleides der Braut, das sie 1956 als



Die niederbayerischen Senioren im Prunksaal des Landshuter Rathauses.

junge Meisterabsolventin der Landshuter Modeschule anfertigen durfte.

Abschließend entführte Kollege Langer im Prunksaal des Rathauses die Teilnehmer noch einmal in die Historie des Dokumentarspiels. Man fühlte sich mitten drin im Geschehen von 1475, das

Münchner Maler um 1880 großflächig an die Wände gezaubert hatten.

So ging ein Seniorentreffen zu Ende, das offensichtlich den Teilnehmern eine gelungene Mischung bot aus standesbezogener Information, Kulturerlebnis und Geselligkeit. *Erwin Kern*

Personalien

Walter Rezac in den Ruhestand verabschiedet

Leitender Regierungsschuldirektor Walter Rezac wurde von Regierungsvizepräsident Dr. Eugen Ehmann in den Ruhestand verabschiedet. Diplomhandelslehrer Walter Rezac kam nach seiner Tätigkeit als Leiter der Staatlichen Wirtschaftsschule Bad Windsheim am 1. August 1993 an die Regierung von Mittelfranken und war dort Sachgebietsleiter und stellvertretender Bereichsleiter für unterschiedliche berufliche Schulen im Rahmen der staatlichen Schulaufsicht.

Besondere Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Qualitätssicherung an den beruflichen Schulen, die effiziente Ausbildung des Lehrernachwuchses und die partnerschaftliche Zusammenarbeit

mit den zuständigen Stellen in der dualen Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz. Im Bereich der Qualitätssicherung setzte er sich insbesondere für die praxiskonforme und permanente Fortbildung der Lehrkräfte im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung sowie für einen anwendungsbezogenen fachlichen Englischunterricht in den kaufmännischen Ausbildungsberufen ein. Ab 2004 war er wesentlich am Aufbau eines externen Evaluationsteams für die staatlichen beruflichen Schulen in Mittelfranken beteiligt; er betreute es bis zum Ende der ersten Evaluationsrunde im Jahr 2009. Auf sein Betreiben hin stehen den staatlichen beruflichen Schulen ab diesem Schuljahr 2009/2010 insgesamt drei Tandems an qualifizierten Beratern für die professionelle Einführung des staatlichen Qualitätsmanagementsystems für berufliche Schulen (QmbS)

in Mittelfranken zur Verfügung. Im Bereich der Lehrerausbildung gelang ihm im Zuge einer Neustrukturierung der kaufmännischen Seminarschulen in Mittelfranken die Synchronisierung der Ausbildung durch Einbezug der wesentlichen kaufmännischen Ausbildungsberufe und der Wirtschafts- bzw. Fach- und Berufsoberschule. Auf seine Initiative geht auch die Umsetzung der Kooperation in der Lehrerausbildung zwischen Haupt- und Berufsschule zurück.

Besonderes Augenmerk legte Walter Rezac zudem auf eine enge Abstimmung der Berufsausbildung mit den dualen Partnern. Er stellte dabei die Weichen zur Umstrukturierung der Berufsschulen zu fachlich gegliederten kaufmännischen Kompetenzzentren sowie zur Einrichtung überregionaler Sprengele für neue Ausbildungsberufe. Dabei war es ihm ein großes Anliegen, einvernehmliche und ausgewogene Lösungen für den Großraum Nürnberg und das ländlich strukturierte Westmittelfranken zu erreichen.

Dr. Eugen Ehmann dankte Walter Rezac, auch im Namen der Bayerischen Staatsregierung, für die geleistete Arbeit



und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

Auch der VLB wünscht seinem langjährigen Mitglied – er ist seit seiner Referendariatszeit Mitglied im VLB – alles Gute und bedankt sich gleichzeitig bei Walter Rezac für die äußerst konstruktive Zusammenarbeit, wenn es um die Belange der Lehrer an beruflichen Schulen ging.

Wir gratulieren im November ...

... zum 88. Geburtstag

Neuhäuser, Freia, 05.11.
85221 Dachau, BV München
Harant, Adolf, 25.11.
84347 Pfarrkirchen, KV Niederbayern-Ost

... zum 87. Geburtstag

Reich, Konrad, 21.11.
95326 Kulmbach, KV Oberfranken-Nordwest

... zum 86. Geburtstag

Henninger, Richard, 05.11.
91593 Burgbernheim, KV Mittelfranken-Süd
Rödel, Margarete, 07.11.
95032 Hof, KV Oberfranken-Nordost
Ertl, Andreas, 26.11.
96215 Lichtenfels,
KV Oberfranken Nordwest

... zum 85. Geburtstag

Behringer, Karl, 01.11.
85051 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest
Stahl, Fritz, 01.11
94327 Bogen, KV Donau-Wald

... zum 84. Geburtstag

Queitsch, Margarete, 06.11.
92331 Parsberg, KV Regensburg
Langer, Heinz, 28.11.
84034 Landshut, KV Landshut

... zum 83. Geburtstag

Miksch, Wolfgang, 07.11.
87437 Kempten, KV Allgäu
Halbleib, Heinz, 20.11.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Kurz, Karl, 24.11.
88131 Lindau, KV Allgäu
Baumberger, Hans, 27.11.
87435 Kempten, KV Allgäu

... zum 82. Geburtstag

Schneider, Franz-Xaver, 08.11.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Rohmer, Eugen, 12.11.
95473 Creußen, KV Bayreuth-Pegnitz
Landgraf, Erna, 23.11.
86163 Augsburg, KV Augsburg

... zum 81. Geburtstag

Teige, Winfried, 01.11.
97082 Würzburg, KV Würzburg

Hickl, Karl, 04.11.
81735 München, BV München
Sichler, Franz, 15.11.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf

... zum 80. Geburtstag

Hanke, Rudolf, 26.11.
86343 Königsbrunn, KV Nordschwaben
Karsten, Christa, 14.11.
89073 Ulm, KV Nordschwaben
Lippert, Hedwig, 03.11.
96328 Küps, KV Oberfranken-Nordwest
Sitzmann, Anna, 30.11.
92345 Dietfurt, KV Neumarkt
Weighart, Walter, 02.11.
93053 Regensburg, KV Regensburg

... zum 75. Geburtstag

Dichtl, Helmut, 12.11.
86163 Augsburg, KV Augsburg
Harloff, Ingeborg, 04.11.
96253 Untersiema,
KV Oberfranken-Nordwest
Hirschmann, Günter, 15.11.
91217 Hersbruck,
KV Mittelfranken-Nord
Masel, Rudolf, 18.11.
93426 Roding, KV Cham
Dr. Ploner, Walter, 18.11.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Vogel, Rita, 25.11.
90473 Nürnberg, KV Nürnberg
Zierhut, Herbert, 29.11.
97084 Würzburg, KV Würzburg

... zum 70. Geburtstag

Dürr, Luise, 26.11.
83278 Traunstein,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Eichler, Ludwig, 10.11.
07548 Gera, KV Main-Rhön
Haack, Klaus, 15.11.
86938 Schondorf, BV München
Kerl, Manfred, 26.11.
95326 Kulmbach,
KV Oberfranken-Nordwest
Krumpholz, Kurt, 24.11.
86551 Aichach, KV Nordschwaben
Laske, Alexander, 28.11.
92286 Rieden, KV Amberg-Sulzbach
Meersteiner, Edgar, 30.11.
91781 Weissenburg,
KV Mittelfranken-Süd
Mehl, Anna, 05.11.
96317 Kronach,
KV Oberfranken-Nordwest

... zum 65. Geburtstag

Dumm, Fridger, 26.11.
93055 Regensburg, KV Regensburg
Graser, Anneliese, 25.11.
86633 Neuburg, KV Oberbayern-Nordwest
Haas, Klaus, 13.11.
97453 Schonungen, KV Main-Rhön
Kraus, Roland, 19.11.
90552 Röthenbach, KV Neumarkt
Kreckel, Werner, 05.11.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain
Kröger, Dieter, 24.11.
84144 Geisenhausen, KV Landshut
Stix, Klaus-Peter, 11.11.
94505 Bernried, KV Donau-Wald
Stümpfig, Jürgen, 06.11.
90451 Nürnberg, KV Mittelfranken-Süd

... zum 60. Geburtstag

Fleischer, Adam, 27.11.
95326 Kulmbach, KV Oberfranken-Nordwest
Fraitzl, Wilhelm, 05.11.
84130 Dingolfing, KV Landshut
Haslberger, Christoph, 22.11.
83555 Gars Bahnhof, KV Altötting-Mühlhof
Hohm, Klaus, 12.11.
97082 Würzburg, KV Würzburg
Kern, Werner, 09.11.
91605 Gallmersgarten, KV Mittelfranken-Süd
Oeser, Wilfried, 19.11.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Petz, Josef, 13.11.
89171 Illerkirchberg, KV Allgäu
Prämaßing, Hans-Peter, 17.11.
96170 Priesendorf, KV Main-Rhön
Puchtinger, Gerhard, 09.11.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Reitberger, Hermann, 19.11.
94081 Fürstzell, KV Niederbayern-Ost
Rottach, Alfons, 23.11.
85244 Röhrmoos-Schönbrunn,
KV Oberbayern-Nordwest
Rübig, Erich, 19.11.
97475 Zeil, KV Bamberg-Forchheim
Sachsenröder, Thomas, 18.11.
86161 Augsburg, BV München
Sailer, Edgar, 28.11.
86529 Schrobenhausen,
KV Oberbayern-Nordwest

In den Ruhestand sind gegangen ...

Ertel, Georg, KV Amberg-Sulzbach
Hösel, Josefine, BV München
Hornfeck, Dieter, KV Oberfranken-Nordwest
Pertek, Detlef-Lutz, KV Nürnberg
Wagner, Helmut, BV München

Wir trauern um ...

Herold, Otto, (62), KV Nürnberg
Hirner, Rudolf, (86), KV Nürnberg
Hofer, Hans, (62), KV Oberfranken-Nordost
Jobst, Helmut, (81), KV Regensburg

Vermischtes

VLB-Team auf BR-Radltour 2009

Seit nunmehr 20 Jahren startet in der ersten Ferienwoche die BR-Radltour. 1200 Radler können teilnehmen. Auch in diesem Jahr war der VLB wieder mit einer Mannschaft vertreten. Die Strecke führte diesmal von Donauwörth, über Ansbach, Kitzingen, Hassfurt, Forchheim, Neumarkt i. d. Oberpfalz über Kelheim und Deggendorf nach Dingolfing. Rund 660 km sind für die Radler zu einem unvergesslichen Erlebnis geworden. Das Rahmenprogramm mit



Das VLB- Team am Ziel in Dingolfing angekommen. Von links: Mathias Meußler (B 6 Nürnberg), Martin Jungkuz (BS II Rosenheim), Kurt Adler (FOS/ BOS Altötting), Horst Grünwald (BS Dachau), Regina Stahl (BS Schongau) und Susanne Sippel (BS 14 Nürnberg). Nicht auf dem Bild ist Bernd Ludwig (BS Schongau).

Konzerten von Bonie Tyler, Roger Chapman, Eric Burdon, Roger Hodgson, Manfred Man und Shakin' Stevens lockte viele tausend Besucher an. Die Begeisterung war riesig.

Termine

Präventionsangebot für Lehrkräfte zum Thema Lehrergesundheit:

Der erfolgreiche Umgang mit den täglichen Belastungen und Anforderungen des Schulalltages

Termin: 12.11.2009 und 28.11.2009
Ort: Würzburg, Haus Benedikt (Stadtkloster der Abtei Münsterschwarzach)

Weitere Informationen finden Sie unter www.innkomm.de oder www.fortbildung.schule.bayern.de – „Entspannungsseminar für Lehrer“ unter dem Stichwort: Antistress.

Schriftliche Anmeldung nur über info@innkomm.de bis spätestens 04.11.2009 bzw. 18.11.2009 möglich!

Falls Sie Interesse an Fördermöglichkeiten (bis zu 5.000,- Euro pro Antrag) für Ihr Projekt: „Gesunde Schule“: Stressreduktion, gesundheitsgerechter

Umgang miteinander (Kommunikation, Konfliktbewältigung, etc.) haben, können Sie gerne mit uns Kontakt aufnehmen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Kontakt: Innkomm,
Tel.: (0931) 804 9100, E-Mail: Info@innkomm.de oder www.innkomm.de

KV Oberbayern Nordwest und Südwest

„Mit Stil zum Ziel“ – Intensiv-Seminar: 1 Tag für Lehrer

Dass gutes Benehmen und höfliche Umgangsformen in allen hierarchischen Ebenen wieder gefragt sind, belegen aktuelle Studien von Allensbach bis Emnid. Das kleine, aber feine Entscheidungskriterium bei der Personenauswahl unter zahlreichen Bewerbern mit gleicher Qualifikation ist immer häufiger das „höflichere“ Benehmen. Gleiches gilt auch für die Chancen der Schülerinnen und Schüler. Wer sich korrekt benimmt, hat leichter die Möglichkeit, mit den Entscheidern ins Gespräch und damit an die gewünschte Tätigkeit zu kommen. Das Auffrischen und Verfeinern von Umgangsformen ist das Erfolgsgeheimnis dieses Seminars. Mehr Souveränität sich selbst sowie den Schülern und Kollegen gegenüber zu entwickeln, ist daher ein wichtiges Ziel.

Zielgruppe:

Alle Lehrerkollegen, die durch Takt und Stil ihre Persönlichkeit abrunden möchten.

Ziele:

- > Zeit gemäße Umgangsformen sicher beherrschen
- > Tabus erkennen und sicher meistern
- > gekonnter Einsatz der Small-Talk-Technik
- > kritisieren und mit Kritik umgehen
- > richtige Kleidungswahl zu gesellschaftlichen Anlässen

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) im VLB Verlag e.V.

Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 0 93 91 - 6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbesondere Leserbriefe, müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

ISSN Nr. 1867-9161

- > passender Umgang mit Speisen und Getränken

Inhalte:

- > allgemeine Höflichkeitsformeln
- > erfolgreiches Verhalten im Beruf (was wird von den Lehrerkollegen erwartet)
- > optimales Verhalten gegenüber Schülern
- > allgemeine Tabu-Regeln
- > Tischsitten im Wandel der Zeit
- > Gastgeberrolle bei offiziellen Anlässen, Gastgeschenke

Termin:

Wann? Samstag, 5. Dezember 2009, 9.00 – 16.00 Uhr
Wo? Städtische Berufsschule, Bergsonstraße, München,

Das gemeinsame Geschäftsessen wird in der Schlossgaststätte Blütenburg München stattfinden. Es fallen hierfür Extrakosten an, da dieses Essen fakultativ veranstaltet wird.

Teilnehmerbeitrag:

60,00 Euro. Für Mitglieder des VLB Oberbayern 30,00 Euro

Anmeldung über:

VLB Oberbayern Kreisverband Nordwest
Horst Grünwald,
Käthe-Bauer-Weg 13, 80686 München
Tel./Fax: 089/589 393 85
E-Mail: gruenewald.h@web.de

Förderung der Berufszufriedenheit und Lehrergesundheit an der Universität Passau

Die Universität Passau und das Zentrum für Lehrerbildung, Hochschul- und Fachdidaktik möchten Sie auf dem Weg der Gesunderhaltung begleiten und Ihnen vielfältige Möglichkeiten der Stärkung individueller, aber auch berufsbezogener Kompetenzen anbieten. Unser aktuelles Fortbildungsprogramm umfasst folgende Themenschwerpunkte:

- > Klassenklima
- > Kommunikation
- > Lehrergesundheit
- > Zeitmanagement

Mehr Informationen zu den Inhalten und Referenten der Veranstaltungen sowie den Anmeldemodalitäten erhalten Sie online auf der Fortbildungsseite des ZLF: <http://www.uni-passau.de/2807.html>

Die Veranstaltungen werden bei FIBS als externe Fortbildungen anerkannt.

Bitte melden Sie sich bei Interesse deshalb sowohl bei FIBS als auch an der Universität Passau (online bzw. im ZLF-Büro, Tel. 0851/509-2649) an.

Surfen, Zappen, Daddeln:

Medienkompetenz durch die Schule

Fortbildungsveranstaltung für Lehrer und Mitarbeiter der Sozial- und Jugendarbeit

Termin: 22.10.2009 von 10.30 bis 16.00 Uhr
Ort: Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), München

Die Anmeldung erfolgt über das Fortbildungsportal FIBS oder per E-Mail über events@blm.de

Nähere Informationen finden unter www.blm.de

Leser schreiben

Gedanken zu Peter Thiels Würdigung von Berthold Otto

„Denken heißt vergleichen.“ Dieser ebenso einfache wie prägnante Ausspruch Walter Rathenaus ist für jeden Fahrgast sichtbar im Nürnberger U-Bahnhof „Rathenauplatz“ zu lesen, unweit des Berufsbildungszentrums „Alte Messe“ und unweit weiterer beruflicher Schulen.

Wer sich und seine Situation mit anderen und anderem vergleicht, tritt gleichsam aus seinem Gedankengebäude heraus und betrachtet seine Situation sozusagen von außen. Aus dieser vergleichenden Distanz sieht er die Dinge anders, neu und objektiver, oft genug eine wichtige Voraussetzung, um mit der eigenen Lage sachgerechter umgehen zu können.

Diesem Ziel vor allem dient die Beschäftigung mit der Geschichte der Pädagogik, mit großen und wegweisenden Lehrern und Erziehern, die vor unserer Zeit gewirkt und Weichen gestellt haben. Ein solcher Mann war Berthold Otto mit seiner „Pädagogik vom Kinde aus“. An der Verwirklichung seiner pädagogischen Leitgedanken gilt es auch heute noch – auch in der beruflichen Bildung – zu arbeiten:

- > an der Schaffung von Freiräumen für alters- und berufsgemäße Interessen,
- > an der Berücksichtigung der Alters- und „Berufs“-mundart unserer Schüler und
- > an der Achtung der Eigengesetzlichkeit von Kindheit und Jugend als einer

Lebensphase von allerhöchstem Eigenwert im Leben eines Menschen.

Peter Thiel hat in unserer Verbandszeitschrift „akzente“ uns diesen großen Pädagogen wieder in Erinnerung gebracht. Ich finde diesen „Akzent“ sehr bemerkenswert und wichtig in einer Zeit, in der die Auseinandersetzung der jungen Lehrerstudenten mit großen pädagogischen Vorbildern nicht mehr den Stellenwert hat, den man sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus wünschen möchte.

Im Sinne Eduard Sprangers – eines anderen großen Erziehevorbildes – ist ein solcher Aufsatz „weniger praktische Handlungsanleitung“ als vielmehr ein „Augenöffnen“ durch den Vergleich des pädagogischen Heute mit der Erziehungs- und Unterrichtssituation, die Berthold Otto in seiner Zeit vorgefunden, beschrieben und als „Querdenker“ verändert hat. Im Sinne Walter Rathenaus führt dieses Vergleichen zu vertieftem pädagogischen Denken und Handeln.

Horst Völker

Letzte Meldung

Arbeitszimmer für Lehrer wieder steuerlich absetzbar:

„Ein weiterer kleiner Schritt in die richtige Richtung!“

WOLFGANG LAMBL

Das Bundesfinanzministerium setzte am 06.10.2009 ein Urteil des Bundesfinanzhofs in München um und wies mit einem entsprechenden Schreiben die obersten Finanzbehörden an, dass Lehrer und Beschäftigte ähnlicher Berufsgruppen ihr Arbeitszimmer ab sofort wieder steuerlich geltend machen können. Das Arbeitszimmer müsse aber zu mehr als 50 Prozent genutzt werden. Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte Mitte September Zweifel an der strengen Regelung zur Absetzbarkeit des Arbeits-

Autorenverzeichnis

Kluge Michael

Mittelstraße 45 A, 30982 Pattensen,
Tel.: (05101) 915623

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Vorsitzender und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,
Tel.: (0911) 231-3948

Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,
Tel.: (0931) 707691

Prof. Dr. Wilbers Karl

Universität Erlangen-Nürnberg,
Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg
Tel. (0911) 5302-322

zimmers geäußert und einem Lehrer im vorläufigen Rechtsschutzverfahren zugestanden, die Kosten für sein Arbeitszimmer in seine Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen. Somit können die Aufwendungen für das Arbeitszimmer wie Miete, Strom, Heizung und Möbel wieder auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden.

Die endgültige Entscheidung ist allerdings noch nicht gefallen und wird letztlich beim Bundesverfassungsgericht liegen. Kippt Karlsruhe die Regel und entscheidet im Sinne der Steuerzahler, müssen die Finanzämter Steuern zurückzahlen. Wird hingegen der Beschluss der schwarz-roten Regierung bestätigt, müssten die gesparten Steuern verzinst nachgezahlt werden.

Der VLB begrüßt die Entscheidung und freut sich, dass unsere Bemühungen erste Erfolge – ähnlich der Pendlerpauschale – zeigen. „Wieder ein kleiner Schritt in die richtige Richtung,“ kommentierte der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Lambl die Maßnahme des Bundesfinanzministeriums.



Anfahrtsbeschreibung

Das Berufliche Schulzentrum liegt im Nordosten der Stadt Amberg (leichte Hanglage am Mariahilfberg).

Die Autobahn (A6) verläuft einige Kilometer südlich von Amberg. Je nach Anfahrtsrichtung ist jeweils die erste ausgeschilderte Ausfahrt zu nehmen.

